

Niederschrift

über die 14. Sitzung des Kreistages am 19. Dezember 2006

Anwesend:

Der Vorsitzende

Landrat Pusch, Stephan, Hückelhoven

Die Kreistagsmitglieder

Beckers, Franz-Josef, Wassenberg
Blum, Erika, Wegberg
Caron, Wilhelm Josef, Wassenberg
Dahlmanns, Erwin, Gangelt
Derichs, Ralf, Erkelenz
Düsterwald, Wilhelm, Hückelhoven
Eßer, Herbert Konrad, Heinsberg
van den Eynden, Franz, Gangelt
Fürkötter, Franz-Josef, Übach-Palenberg
Gudat, Helmut, Hückelhoven
Hansen, Bernd, Wegberg
Hecker, Hildegard, Hückelhoven
Hensen, Heinrich, Wassenberg
Holländer, Heinz-Egon, Hückelhoven
Horst, Ulrich, Hückelhoven
Jüngling, Liane, Übach-Palenberg
Dr. Kehren, Hanno, Hückelhoven
(bis einschl. TOP 5)
Krekels, Gerhard, Selfkant
Krings, Werner, Waldfeucht
Laumanns, Erich, Erkelenz
Lausberg, Leonard, Heinsberg
Dr. Leonards-Schippers, Christiane, Hückelhoven
Meurer, Maria, Erkelenz
Müller, Herbert, Wegberg
Offermanns, Manfred J., Übach-Palenberg
Paffen, Wilhelm, Heinsberg
Paulsen, Heinz-Jakob, Wegberg
Plein, Hans-Jürgen, Geilenkirchen
(ab TOP 2)
Przibylla, Siegfried, Erkelenz
Reyans, Norbert, Selfkant
Ringering, Marietta, Erkelenz
Rode, Friedhelm, Übach-Palenberg
Rütten, Wilhelm, Erkelenz
Schaaf, Edith, Erkelenz
Schiffer, Matthias, Hückelhoven
Schlömer, Klara, Wegberg
Schlößer, Harald, Erkelenz
Schmitz, Heinz-Willi, Hückelhoven

(ab TOP 2)

Schmitz, Josef, Waldfeucht

(ab TOP 2)

Schott, Frank, Geilenkirchen
Schreinemacher, Walter Leo, Heinsberg
Skottke, Wolfgang, Heinsberg
Sonntag, Ullrich, Geilenkirchen
Spreitzer, Egon, Übach-Palenberg
Thelen, Friedhelm, Geilenkirchen
Dr. Thesling, Hans-Josef, Heinsberg
Tholen, Heinz-Theo, Waldfeucht
Tillmanns, Sofia, Geilenkirchen
Dr. Wamper, Horst, Geilenkirchen
Wolter, Heinz-Jürgen, Hückelhoven

Es fehlen entschuldigt

Dr. Hachen, Gerd, Erkelenz
Dr. Herzberg, Hanshenning, Hückelhoven
Röhrich, Karl-Heinz, Übach-Palenberg
Vergossen, Heinz Theo, Heinsberg

Von der Verwaltung

Kreisdirektor Deckers
Ltd. Kreisverwaltungsdirektor Preuß
Ltd. Kreisverwaltungsdirektor Schöpgens
Kreisverwaltungsdirektorin Machat
Kreisrechtsdirektor Nießen
Kreisoberverwaltungsrat Kremers
Kreisassessor Schneider
Kreisamtsrat Lind
Kreisangestellter Hollwitz
Rechtsreferendarin Ingrid Janes
Rechtsreferendarin Agnes Dahlmanns

Beginn der Sitzung: 18.00 Uhr

Ende der Sitzung: 20.30 Uhr

Der Kreistag des Kreises Heinsberg versammelt sich heute im großen Sitzungssaal des Kreishauses in Heinsberg, um über folgende Punkte der Tagesordnung zu beraten und zu beschließen:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung:

1. Ausschussergänzungswahlen
2. Jahresrechnung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2005
3. Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2007 und Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2006 bis 2010
4. Änderung der Entgeltordnung für die Musikschule des Kreises Heinsberg
5. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion auf Beschluss einer Resolution zum Erhalt der beiden Finanzamtsstandorte im Kreis Heinsberg sowie hierzu eingereichter Abänderungsantrag der CDU-Kreistagsfraktion

Nichtöffentliche Sitzung:

6. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung über das weitere Vorgehen in einem in Angelegenheiten des Rettungsdienstes anhängigen verwaltungsgerichtlichen Verfahren
7. Beteiligung des Kreises Heinsberg an der Entwicklungsgesellschaft Wegberg-Wildenrath mbH (EWW)
8. Mittelbare Beteiligung des Kreises Heinsberg an einer noch zu gründenden Abwasser GmbH über die Kreiswasserwerk Heinsberg GmbH
9. Veräußerung eines Grundstückes an der Quimperlestraße in Geilenkirchen
10. Ernennungsvorschlag für das Jahr 2007

Vor Eintritt in die Beratung weist Landrat Pusch auf die vorliegende Tagesordnung hin. Wie bereits dem Schreiben vom 15.12.2006 und den entsprechenden Erläuterungen zu entnehmen sei, habe sich die Notwendigkeit ergeben, die Tagesordnung um den Punkt „Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung über das weitere Vorgehen in einem in Angelegenheiten des Rettungsdienstes anhängigen verwaltungsgerichtlichen Verfahren“ zu erweitern. Die Behandlung des Punktes solle als Tagesordnungspunkt 6 erfolgen. Alle weiteren Punkte würden sich entsprechend verschieben. Der Kreistag erklärt sich mit der vorgeschlagenen Verfahrensweise einverstanden.

Landrat Pusch stellt die Tagesordnung in der ergänzten Fassung, die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit fest.

Die Änderung ist in der vorstehenden Tagesordnung bereits berücksichtigt.

Öffentliche Sitzung

Tagesordnungspunkt 1:

Ausschussergänzungswahlen

Mit Ablauf des 31.10.2006 hat der bisherige Kreistagsabgeordnete Björn Speuser sein Kreistagsmandat aus beruflichen Gründen niedergelegt. Der auf der Reserveliste der FDP stehende Frank Schott, Geilenkirchen, wurde gemäß § 45 Abs. 2 KWahlG als Nachfolger festgestellt. Er gehört dem Kreistag seit dem 03.11.2006 an. Die Einführung und Verpflichtung des Herrn Schott erfolgte in der Kreistagssitzung am 09.11.2006.

Mit Schreiben vom 16.11.2006 hat die FDP-Kreistagsfraktion mitgeteilt, dass Herr Schott zukünftig alle Mitgliedschaften in Ausschüssen und Gremien, die bisher von Herrn Speuser wahrgenommen wurden, übernimmt. Nach § 35 Abs. 3 Satz 5 KrO wählt der Kreistag im Falle des vorzeitigen Ausscheidens eines Mitgliedes auf Vorschlag der Fraktion, welcher das ausgeschiedene Mitglied bei seiner Wahl angehörte, einen Nachfolger.

Für die erforderlichen Ergänzungswahlen liegen im Einzelnen nachfolgende Vorschläge vor:

a) Kreispolizeibeirat

Mitglied: Frank Schott, Geilenkirchen
stellv. Mitglied: Walter Leo Schreinemacher, Heinsberg (wie bisher)

b) Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes des Kreises Heinsberg und der Stadt Erkelenz

Mitglied: Frank Schott, Geilenkirchen
stellv. Mitglied: Hildegard Hecker, Hückelhoven (wie bisher)

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag einstimmig eine entsprechende Beschlussfassung.

Der Kreistag folgt der Empfehlung durch einstimmigen Beschluss.

Landrat Pusch hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Tagesordnungspunkt 2:

Jahresrechnung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2005

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 06.04.2006 die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2005 zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss verwiesen. Der Rechnungsprüfungsausschuss hat die Jahresrechnung gemäß § 101 GO in Verbindung mit § 53 KrO am 20.11.2006 geprüft. Er stellt in Übereinstimmung mit dem Rechnungsprüfungsamt fest, dass

1. der Haushaltsplan eingehalten ist,
2. die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch vorschriftsmäßig begründet und belegt sind,
3. bei den Einnahmen und Ausgaben nach den geltenden Vorschriften verfahren ist und
4. die Vorschriften über Verwaltung und Nachweis des Vermögens und der Schulden eingehalten sind.

Die Jahresrechnung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2005 schließt mit folgenden Gesamtbeträgen ab:

Feststellung des Ergebnisses des Haushaltsjahres 2005

Haushaltsrechnung - Haushaltsjahr 2005 -	Verwaltungshaushalt Euro	Vermögenshaushalt Euro
<u>Soll-Einnahmen</u>	216.616.022,21	9.317.446,36
+ Neue Haushaltseinnahmereste	0,00	4.000.000,00
./. Abgang alter Haushaltseinnahmereste	0,00	0,00
./. Abgang alter Kasseneinnahmereste	295.683,78	0,00
Summe bereinigte Soll-Einnahmen	216.320.338,43	13.317.446,36
<u>Soll-Ausgaben</u>	214.516.108,39	9.020.466,29
+ Neue Haushaltsausgabereste	2.340.425,08	4.492.967,48
./. Abgang alter Haushaltsausgabereste	536.195,04	195.987,41
./. Abgang alter Kassenausgabereste	0,00	0,00
Summe bereinigte Soll-Ausgaben	<u>216.320.338,43</u>	<u>13.317.446,36</u>
Fehlbetrag	0,00	0,00

nachrichtlich:

In Sollausgaben Vermögenshaushalt enthaltener Überschuss
nach § 41 Abs. 3 Satz 2 GemHVO 0,00 €

Höhe der Zuführung zum Vermögenshaushalt 3.448.205,00 €
davon
Mindestzuführung in Höhe der Kredittilgung 2.853.782,01 €

Auf Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses schlägt der Kreisausschuss dem Kreistag einstimmig vor, gemäß § 94 GO -in der bis zum 31.12.2004 geltenden Fassung- in Verbindung mit § 9 NKF Einführungsgesetz NRW und § 53 KrO über die geprüfte Jahresrechnung 2005 zu beschließen und zugleich dem Landrat Entlastung ohne Einschränkung zu erteilen.

Der stellv. Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Kreistagsabgeordneter Spreitzer, berichtet über die vorgenommene Prüfung der Jahresrechnung.

Sodann folgt der Kreistag den Empfehlungen des Rechnungsprüfungsausschusses und des Kreisausschusses durch einstimmige Beschlussfassung.

Landrat Pusch dankt allen Mitgliedern des Kreistages für die erteilte Entlastung sowie dem Rechnungsprüfungsausschuss, der in Abstimmung mit dem Rechnungsprüfungsamt diesen Beschluss vorbereitet hat.

Die Beratung und Beschlussfassung erfolgt unter Vorsitz des 1. stellv. Landrats Laumanns. Landrat Pusch hat an der Beratung und Beschlussfassung nicht mitgewirkt.

Tagesordnungspunkt 3:

Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2007 und Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2006 bis 2010

Die Entwürfe der Haushaltssatzung und des Investitionsprogrammes wurden am 09.11.2006 in den Kreistag eingebracht und vom Kreistag zur Beratung an den Finanzausschuss verwiesen.

Entsprechend dem Vorschlag des Finanzausschusses empfiehlt der Kreisausschuss dem Kreistag mehrheitlich bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung, der Haushaltssatzung 2007 in der im Entwurf vorliegenden Fassung zuzustimmen. Mit gleichem Abstimmungsergebnis empfiehlt der Kreisausschuss dem Kreistag die Annahme des Investitionsprogrammes für die Haushaltsjahre 2006 bis 2010.

Zum Haushalt und zum Investitionsprogramm nehmen für die Kreistagsfraktionen die Kreistagsabgeordneten Herr Reyans, Herr Fürkötter, Frau Meurer und Herr Schreinemacher Stellung. Ihre Ausführungen sind der Niederschrift als Anlagen beigelegt.

Am Ende seiner Haushaltsrede spricht SPD-Fraktionsvorsitzender Fürkötter den Mitarbeitern des DRK seinen Dank für die in über 30 Jahren geleistete vorbildliche Arbeit im Bereich des Rettungsdienstes aus. In diesem Zusammenhang hebt Herr Fürkötter hervor, dass das Ausschreibungsverfahren und die erfolgte Auftragsvergabe korrekt und fair verlaufen seien. Die gegen Herrn Landrat Pusch erhobenen Angriffe und Vorwürfe – auch persönlicher Art – seien auf das Schärfste zu verurteilen und zurückzuweisen. Der Landrat habe sich bei dem in Rede stehenden Verfahren tadellos verhalten. Die kontrovers erfolgte Diskussion in dieser Angelegenheit sei zu begrüßen und entspreche dem Demokratiedanken, hätte jedoch unter faireren Bedingungen erfolgen müssen.

Entsprechend den Empfehlungen des Finanzausschusses und des Kreisausschusses stimmt der Kreistag mehrheitlich bei vier Gegenstimmen und drei Enthaltungen der Haushaltssatzung 2007 sowie dem Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2006 bis 2010 zu.

Tagesordnungspunkt 4:

Änderung der Entgeltordnung für die Musikschule des Kreises Heinsberg

Die in den Erläuterungen zu Tagesordnungspunkt 4 der Kreisausschusssitzung am 14.12.2006 dargelegten inhaltlichen Änderungen bzgl. des Unterrichtsangebotes bedingen eine Überarbeitung der derzeit gültigen Entgeltordnung für die Musikschule des Kreises Heinsberg.

Unter Ziffer 1.1 wird das Angebot „Musikbabys“ neu eingefügt. Dieses Angebot richtet sich an Erziehungsberechtigte mit ihren ca. 10 Monate alten Babys. Für das seit Juni 2003 existierende Angebot „Musikmäuse“, welches von Kindern im Alter zwischen 2 bis 3 Jahren mit einem Erziehungsberechtigten wahrgenommen wird, wird für einen wöchentlichen Gruppenunterricht zu 45 Min. ein Entgelt in Höhe von monatlich 18,00 € erhoben. Da sich die Arbeit mit Babys aufwendiger und aus pädagogischer Sicht schwieriger gestaltet, ist ein Entgelt in Höhe von 18,00 € für das neu einzurichtende Angebot „Musikbabys“ mit einer Unterrichtseinheit von 30 Min. gerechtfertigt.

Bei Aufnahme dieses neuen Angebotes und bei Streichung des unter Ziffer 1.4.3 aufgeführten Einzelunterrichts zu 22,5 Min. ändert sich die weitere Ziffernfolge unter 1. der derzeit gültigen Entgeltordnung.

Neben diesen beiden das Unterrichtsangebot betreffenden Punkten werden zwei weitere Änderungen der Entgeltordnung angeregt:

1. Zu Ziffer 4. „Instrumentenmiete“:

- a) Die Instrumentalausbildung für Anfänger hat sich weg vom Unterricht zu 45 Minuten und zugunsten des 30-minütigen Unterrichts entwickelt. Durch die Verkürzung der Unterrichtseinheit können seither mehr Anfänger gleichzeitig mit dem Erlernen eines Instrumentes beginnen. Dies bedingt jedoch auch eine erhöhte Nachfrage nach Mietinstrumenten. Um mehr Schüler in den Genuss eines Mietinstrumentes kommen zu lassen, wird eine Verkürzung der Leihdauer von derzeit maximal zwei Jahren auf ein Jahr befürwortet.
- b) Die Instrumentenmiete beträgt derzeit monatlich 8,00 €. Die Mieten im Musikhandel sind durchweg höher bemessen. Auch andere Musikschulen erheben höhere Instrumentenmieten bis zu 15,00 €. Vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Erwägungen sollte daher das Entgelt für die Instrumentenmiete von derzeit mtl. 8,00 € auf 12,00 € angehoben werden.

...

2. Zu Ziffer 5. „Zahlung der Entgelte“

Zur Reduzierung des Verwaltungsaufwandes bzw. Vereinfachung des Verfahrens wird angeregt, unter Ziffer 5. der Entgeltordnung eine Regelung zum Zahlungsmodus aufzunehmen. Die Entgelte sollten im Lastschrift-Abbuchungsverfahren eingezogen werden. Alternativ zu dieser Regelung könnte die Möglichkeit eingeräumt werden im Voraus viertel-, halb- oder ganzjährig zu zahlen.

Die Verwaltung schlägt vor, die derzeit gültige Entgeltordnung mit Wirkung vom 01.01.2007 wie folgt unter den Ziffern 1., 4. und 5. neu zu fassen:

„1. Das monatliche Entgelt beträgt bei wöchentlich einmaligem Unterricht	Zeit	Kinder/ Jugendliche	Erwachsene
		EUR	EUR
1.1 Musikbabys	30 Min.	18,00	
1.2 Musikmäuse	45 Min.	18,00	
1.3 für die musikalische Früherziehung			
1.3.1 einjährig	120 Min.	32,50	
1.3.2 zweijährig	75 Min.	20,00	
1.4 für die Grundausbildung	90 Min.	18,00	
1.5 für die Instrumentalausbildung (einschl. Gesang)			
1.5.1 Einzelunterricht	45 Min.	57,50	90,50
1.5.2 Einzelunterricht	30 Min.	43,00	68,50
1.5.3 Gruppenunterricht mit 2 Schülern	45 Min.	34,50	55,00
1.5.4 Gruppenunterricht ab 3 Schüler	45 Min.	26,50	41,00
1.5.5 Vorberufliche Fachausbildung (45 Min. Hauptinstrument, 45 Min. Nebeninstrument, 45 Min. Gruppenunterricht in Theorie)		102,50	
1.6 Gruppenunterricht Theorie - ab 5 Schüler	45 Min.	18,00	
1.7 Spiel-, Sing- und Instrumentalkreise werden entgeltfrei angeboten.			

...

4. Für die Miete von Instrumenten des Kreises ist ein Entgelt von 12,00 EUR monatlich zu zahlen. Instrumente können längstens für die Dauer von einem Jahr gemietet werden.
5. Das Entgelt ist monatlich im Voraus jeweils zum 1. des Monats fällig. Die Möglichkeit der monatlichen Zahlungsweise besteht nur im Lastschrift-Abbuchungsverfahren. Der Musikschule des Kreises Heinsberg – Kreiskasse – ist eine Einzugsermächtigung zu erteilen. Abweichungen hiervon sind nur bei viertel-, halb- oder ganzjähriger Vorauszahlung möglich.“

Auf Vorschlag des Kreisausschusses beschließt der Kreistag einstimmig, die Entgeltordnung entsprechend dem Verwaltungsvorschlag unter den Ziffern 1., 4. Satz 2 mit der Maßgabe, das Wort „längstens“ durch die Worte „in der Regel“ zu ersetzen, und 5. neu zu fassen. Des Weiteren beschließt der Kreistag auf Empfehlung des Kreisausschusses mehrheitlich bei vier Gegenstimmen, dem Verwaltungsvorschlag zur Neufassung der Ziffer 4 Satz 1 der Entgeltordnung zu folgen.

Tagesordnungspunkt 5:

Antrag der SPD-Kreistagsfraktion auf Beschluss einer Resolution zum Erhalt der beiden Finanzamtsstandorte im Kreis Heinsberg sowie hierzu eingereichter Abänderungsantrag der CDU-Kreistagsfraktion

Die allen Kreistagsabgeordneten vorliegenden Anträge der SPD- sowie der CDU-Kreistagsfraktion, die der Originalniederschrift als Anlagen beigelegt sind, wurden bereits in der Sitzung des Kreistages am 09.11.2006 beraten. Der Kreistag hat in der vorstehenden Sitzung von einer Beschlussfassung abgesehen, um die Möglichkeit einzuräumen, weitere Abstimmungsgespräche zwischen den Kreistagsfraktionen zur Erarbeitung eines Grundsatzbeschlusses zu führen.

Auf die allen Kreistagsabgeordneten mit der Einladung zur Sitzung des Kreisausschusses am 14.12.2006 zugesandten ergänzenden Informationen über den aktuellen Sachstand des beim Finanzministerium NRW anhängigen Prüfverfahrens betreffend die beiden Finanzamtsstandorte wird Bezug genommen.

Auf Antrag der CDU-Kreistagsfraktion empfiehlt der Kreisausschuss dem Kreistag mehrheitlich bei vier Gegenstimmen und zwei Enthaltungen, vom Beschluss einer Resolution bzw. die Einreichung eines Fragenkatalogs an das Finanzministerium NRW abzusehen, bis das Ergebnis der in Rede stehenden Prüfung vorliegt.

Abhängig vom Ausgang des Prüfverfahrens kann zu gegebener Zeit durch einen zwischen den einzelnen Kreistagsfraktionen konsensfähigen Resolutionstext reagiert werden.

SPD-Fraktionsvorsitzender Fürkötter vertritt die Auffassung, dass der Antrag seiner Fraktion der weitestgehendere sei und beantragt, dass der Kreistag hierüber in der heutigen Sitzung entscheidet.

Landrat Pusch führt aus, dass die SPD-Kreistagsfraktion unter Bezugnahme auf § 5 der Geschäftsordnung des Kreistages beantragt habe, die vorgenannte Resolution auf die Tagesordnung zu setzen und hierüber abzustimmen. § 5 der Geschäftsordnung beruhe auf dem im Wesentlichen inhaltsgleichen § 33 Abs. 1 Kreisordnung, der wiederum mit dem Wortlaut des § 48 Abs. 1 Gemeindeordnung übereinstimme.

Nach den insoweit einschlägigen Kommentierungen zu § 48 GO gewähre die Vorschrift - ebenso wie § 33 Abs. 1 Kreisordnung - einer Minderheitsfraktion die Möglichkeit, einen für sie bedeutsamen Diskussionspunkt im Rat/Kreistag zu erläutern. Ein Anspruch auf Führung einer Sachdebatte oder Beschlussfassung werde demgegenüber nicht begründet. Diese Auffassung werde von der Rechtsprechung uneingeschränkt geteilt.

Vor diesem Hintergrund bleibe es dem Kreistag unbenommen, die Angelegenheit zu vertagen.

Unter Hinweis auf die in der Kreisausschusssitzung vorgetragenen Argumente beantragt CDU-Fraktionsvorsitzender Paulsen, über die allen Kreistagsabgeordneten vorliegende Empfehlung des Kreisausschusses abzustimmen.

...

Landrat Pusch erklärt, dass der Antrag der CDU-Kreistagsfraktion unabhängig von den von ihm eingangs vorgenommenen Ausführungen gem. § 22 der Geschäftsordnung für den Kreistag des Kreises Heinsberg als der weitestgehendere Antrag zu werten sei und hierüber zuerst abgestimmt werden müsse.

SPD-Fraktionsvorsitzender Fürkötter bezeichnet die avisierte Verfahrensweise als Eingriff in die demokratische Kultur des Kreistages und beantragt gemäß der Geschäftsordnung geheime Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion.

Dem Antrag wird gemäß § 22 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Kreistag des Kreises Heinsberg stattgegeben, da er von mehr als einem Fünftel der Kreistagsabgeordneten unterstützt wird.

Für die anschließende geheime Abstimmung über den Antrag der CDU-Kreistagsfraktion werden die Kreistagsabgeordneten Schaaf (CDU), Krekels (SPD), Meurer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sowie Wolter (FDP) als Stimmzähler bestellt. Nachfolgend gibt Landrat Pusch Verfahrenshinweise zur Durchführung der Abstimmung.

Nach der unter Verwendung vorbereiteter Stimmzettel durchgeführten Abstimmung und nach Auszählung der Stimmen durch die Stimmzähler wird das Ergebnis durch Landrat Pusch wie folgt festgestellt und durch Verlesen des Ergebnisprotokolls bekannt gegeben:

Anwesende Kreistagsmitglieder einschl. Landrat:	51
Insgesamt abgegebene Stimmen:	51
Gültige Stimmen:	51
davon Ja-Stimmen für den Antrag der CDU-Kreistagsfraktion:	33
Nein-Stimmen:	16
Stimmenthaltungen:	2

Damit ist der Antrag der CDU-Kreistagsfraktion, vom Beschluss einer Resolution bzw. die Einreichung eines Fragenkatalogs an das Finanzministerium NRW abzusehen, bis das Ergebnis der in Rede stehenden Prüfung vorliegt, angenommen.

Das Ergebnisprotokoll liegt der Originalniederschrift als Anlage bei.

Zum Ende der Sitzung ergreift Landrat Pusch das Wort. Seine Ausführungen sind der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Rede zum Entwurf der Haushaltssatzung 2007
von Norbert Reyans
für die CDU Kreistagsfraktion

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen.
Sehr geehrte Damen und Herren der Presse,
verehrte Gäste!

In den vergangenen Tagen fand ich in einer Zeitschrift folgende Überschrift:

„ Deutschland kommt in Fahrt. Es gibt noch viel zu tun, aber die Richtung stimmt.“

Vieles spricht dafür, dass es mit unserem Land wieder aufwärts geht. Die allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen in Deutschland haben sich stetig verbessert; dies ist eine erfreuliche Entwicklung.

Die Arbeitslosenzahlen sind so niedrig wie seit Jahren nicht mehr. Diese Entwicklung muss sich fortsetzen, denn so erfreulich der Rückgang auch ist, es haben immer noch vier Millionen Menschen in der Bundesrepublik und etwas unter einer Million Menschen in NRW keine Arbeit.

Die Studien zur Armutsbekämpfung in unserem Land zeigen, dass die Schere zwischen den Armen und Reichen nicht geringer geworden ist.

Aber was ebenso wichtig ist, wie der Rückgang der Arbeitslosenzahlen, ist die Zunahme der Zahl der sozialversicherten Erwerbstätigen. Es sind also wieder mehr Menschen in Arbeit.

Alles in allem sind die wirtschaftlichen Eckdaten sehr positiv und lassen trotz der Mehrwertsteuererhöhung darauf hoffen, dass die Konjunktur auch 2007 weiter an Fahrt gewinnt.

Die Pressemitteilungen vom 13.12.06 in der Heinsberger – Zeitung lassen dahingehend Hoffnung aufkommen, dass die konjunkturelle Belebung der Wirtschaft auch erste Auswirkungen auf den Kreis Heinsberg hat. Denn durch die Ansiedlung des australischen Brennstoffzellen-Entwickler Ceramic Fuel Cells Ltd. im Industriepark Oberbruch, der in den nächsten Jahren bis zu 400 neue Arbeitsplätze schaffen möchte und die Schweizer Firma Interroll in Hückelhoven-Baal, die erst einmal 15 neue Arbeitsplätze schafft und in Zukunft vielleicht sehr viel mehr, wird deutlich, dass der Kreis Heinsberg auch für ausländische Unternehmen ein durchaus attraktiver Standort ist.

Verstärkt wird die Hoffnung auf den wirtschaftlichen Aufschwung auch in unserer Region durch die positiven Aussagen verschiedener Unternehmer, in der gestrigen Pressemitteilung in der Heinsberg Zeitung. Überschriften wie: „*Firmen in der Region schaffen neue Stellen*“ oder „*Der Aufschwung zündet auf dem Arbeitsmarkt*“ sind mehr als erfreulich. Vor allem junge Menschen haben nun die Chance nach der Ausbildung übernommen zu werden.

Diese verbesserten konjunkturellen Rahmenbedingungen haben auch positive Auswirkungen auf die Eckdaten des Haushaltes 2007 des Kreises Heinsberg.

Es gilt festzuhalten, dass wir den Haushalt 2007 rechtzeitig verabschieden können, was in den letzten Jahren nicht immer der Fall war. Erstmals wurde der Referenzzeitraum für die Ermittlung der Finanzausgleichsgrundlagen auf die Zeit vom 01.10. des Vorjahres bis zum 30.09. des Vorjahres festgelegt, damit verbunden war die Hoffnung, frühzeitig verlässliche Eckdaten für die Ermittlung der Umlagegrundlagen und Schlüsselzuweisungen zu erhalten. Der Landrat und der Kämmerer haben bei der Einbringung des Kreishaushaltes am 09. November 06 ausgeführt, dass das Aufstellungsverfahren aber auch in diesem Jahr nicht ganz ohne Turbulenzen von statten ging. Diese Turbulenzen waren aber Gott sei Dank von positiven Entwicklungen geprägt und für den Kreis mit erheblichen Verbesserungen verbunden.

Die Umlagegrundlagen stiegen von 227 Mio. Euro nach der ersten Modellrechnung und nach der 1. modifizierten Modellrechnung durch den Kämmerer, der von 228,8 Mio. Euro ausging, auf 229,6 Mio. Euro in der 2. Modellrechnung. Somit ist eine Steigerung je nach Bezugsszahl von 1,8 Mio. Euro oder gar 2,6 Mio. Euro zu verzeichnen. Dies hat natürlich auch Auswirkungen auf die Schlüsselzuweisungen.

Für die Städte und Gemeinden erhöhten sich die Schlüsselzuweisungen kreisweit noch einmal um 800.000 Euro; dies ist im Vergleich zu 2006 eine Steigerung von mehr als 8 Millionen Euro.

Für den Kreis bedeutet die Erhöhung der Umlagegrundlagen für 2007 einen Anstieg der Kreisschlüsselzuweisungen auf rd. 22,8 Mio. Euro; dies ist eine deutliche Verbesserung gegenüber 2006, hier waren Kreisschlüsselzuweisungen von 19,3 Mio. Euro zu verzeichnen.

Der Hebesatz der allgemeinen Kreisumlage sinkt auf 43,7 %. Dies klingt gut, aber die absoluten Zahlen zeigen, dass die Städte und Gemeinden letztendlich doch mehr zahlen müssen als 2006. Wir hätten es sicher gerne gesehen, wenn dies hätte vermieden werden können.

Der Ansatz der Kreisumlage war in den Jahren 2005 und 2006 stabil, bei ca. 97 Mio. Euro, in 2007 beträgt er ca. 100 Mio. Euro.

Obwohl Verbesserungen bei den Einnahmen zu verzeichnen sind und es gelungen ist, die Ausgaben z.B. im Bereich der Personalkosten mit 30.95 Mio. Euro auf dem Niveau des Vorjahres zu halten wird der Haushalt 2007 durch einige Faktoren erheblich belastet, die außerhalb des Einflussbereiches des Kreises liegen.

Ein solcher Faktor ist die Landschaftsverbandsumlage. In meiner Haushaltsrede zum Haushalt 2006 im April dieses Jahres habe ich auf die immensen Belastungen für den Kreishaushalt hingewiesen.

Und ich werde nicht müde diese Kritik auch weiterhin zu äußern, denn wenn wir als Kreis so handeln würden wie der Landschaftsverband dies seit vielen Jahren praktiziert, dann würden die Städte und Gemeinden mit Kritik an dieser Verhaltensweise nicht sparen.

Viele Zuständigkeiten sind in den letzten Jahren vom Landschaftsverband an den Kreis übertragen worden, die zu erheblichen Belastungen für den Kreis geführt haben.

Ich erinnere an das II. Modernisierungsgesetz, durch den der Anteil des Kreises, z.B. im Bereich der Kosten der Hilfe zur Pflege in Anstalten, von 25% auf 100% Anteil gestiegen ist. In Zahlen ausgedrückt ist dies eine Steigerung von 1,2 Mio. auf über 5,5 Mio. Euro.

Die Landschaftsverbandsumlage sinkt in diesem Jahr zwar prozentual auf 16,7% aber wir wissen ja Prozentzahlen sind nur die halbe Wahrheit. Der Kreis Heinsberg zahlt in diesem Jahr 42 Mio. Euro an den Landschaftsverband. Die Steigerung der

Landschaftsverbandsumlage hat in den Jahren 2001 bis 2006 ca. 3,3 Mio. Euro betragen und nun beschließt man kurzerhand innerhalb eines Jahres weitere massive Erhöhungen, die den Kreishaushalt mit 3 Mio. Euro belasten. Von allen Seiten hagelt es hier heftige Kritik Kreise, Städte und Gemeinden haben große Mühe ihre Haushalte ausgeglichen zu gestalten und der Landschaftsverband erhöht seine Umlagen noch kräftig.

42 % der Kreisumlage müssen an den Landschaftsverband abgeführt werden und die Aufgaben werden den Kreisen, Städten und Gemeinden übertragen ohne den finanziellen Ausgleich zu gewährleisten, wie war das mit dem Konnexitätsprinzip?

Aber es kommt noch besser: Der Landschaftsverband hat 2006 einen Überschuss von 50 Mio. Euro erwirtschaftet; herzlichen Glückwunsch kann man da nur sagen. Doch wer nun gehofft hat, dass dieser Überschuss zumindest zu einem Teil auch denjenigen zu Gute kommt, die den Landschaftsverband mitfinanzieren, sieht sich getäuscht. Es gibt keinen Cent.

Meine Damen und Herren, stellen sie sich einmal vor der Kreis würde bei einer Summe von nur 1 Mio. Überschuss so handeln und dieses Geld ausschließlich zur Tilgung seiner Schulden einbehalten.

Es wäre schön, wenn der Landschaftsverband darüber noch einmal nachdenken würde, auch diejenigen zu entlasten, die seinen Haushalt finanzieren.

Ohne diese Steigerung bei der Landschaftsverbandsumlage hätte der Kreis seine Umlage auf dem Niveau des Vorjahres halten können und dies wäre auch eine spürbare Entlastung für die Städte und Gemeinden gewesen. Somit hätten wir den Umlagebetrag der Kreisumlage nach 2005 und 2006 auch 2007 stabil halten können.

Dies unterstreicht noch einmal mehr, dass der Kreis gegenüber den Kommunen eine Umlagepolitik mit Augenmaß betreibt und sichtlich bestrebt ist, die Kosten im Blick zu haben.

Trotz der zu Anfang skizzierten verbesserten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist die Entwicklung im Einzelplan 4 'Soziale Sicherung' mit gewissen Unwägbarkeiten behaftet. Wir alle hoffen, vor allem im Sinne der Langzeitarbeitslosen, dass der Arbeitsmarkt auch für sie die Möglichkeit eröffnet, im ersten Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen.

Hartz IV ist und bleibt ein Thema. Wir erinnern uns: noch bei der Einführung von Hartz IV wurde von einer Entlastung der Kreise, Städte und Gemeinden von ca. 2,5 Mrd. Euro gesprochen.

Nach langen Diskussionen und vielen verwirrenden Prozentzahlen zum Erstattungssatz für die Kosten der Unterkunft und Heizung der Arbeitslosengeld-II-Empfänger durch die Bundesregierung, die von 15% über 19% und 29,1 % reichten hat der Bund nun sogar einen bundesweiten Erstattungssatz von 31,8% angekündigt. Wie der Verteilungsschlüssel dieser zugesagten 31,8% sein wird und ob diese Zusage auch zu Verbesserungen im Kreis Heinsberg führen wird, lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht sagen.

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften im Kreis Heinsberg sind zwar rückläufig, da die unter 25-jährigen Arbeitslosen wieder zur Bedarfsgemeinschaft der Eltern gerechnet werden, allerdings ergeben sich hieraus keine nennenswerten Einsparungen, da sie auch weiterhin Leistungen nach dem SGB II erhalten.

Für das Rechnungsjahr 2006 lässt sich heute schon sagen, dass der Ansatz von 34,5 Mio. Euro nicht eingehalten werden kann. Im Haushaltsjahr 2007 werden 35. Mio. Euro veranschlagt. Diese Haushaltsstelle ist aufgrund der momentanen Entwicklung sicherlich mit einem gewissen Risiko behaftet.

Wir teilen allerdings den Optimismus und die Hoffnung, dass zum einen die Arbeit der ARGE nach einer Anfangsphase nun spürbare Entlastungen bringt und zum anderen auch die Belebung des Arbeitsmarktes weiter fortschreitet und zu einer Entlastung führt. Verstärkt wird diese Hoffnung auf eine eventuelle Besserung durch die Zahlen von Oktober/November. In diesem Zeitraum sind die Kosten zu den Vormonaten in diesem Bereich um ca. 200.000 Euro gesunken.

Wir halten es in diesem Zusammenhang für richtig, dass der Kämmerer etwaige Verbesserungen im Zuge eines 31,8 % Erstattungssatzes nicht in den Haushalt 2007 eingeplant hat, sondern auch weiterhin von einer Beteiligung des Bundes an diesen Kosten von ca. 10,2 Mio. Euro, also 29,1 % ausgeht.

Besorgniserregend sind aber auch die Steigerungen in den Bereichen der Grundsicherung im Alter und bei der Erwerbsunfähigkeit. Hier steigt der Zuschussbedarf um 1.226 Mio. Euro und bei der Eingliederungshilfe um 540.000 Euro.

Der Einzelplan 4 'Soziale Sicherung' ist auch im Entwurf der Haushaltssatzung 2007 wieder der größte Einzelplan im Verwaltungshaushalt. Mit mehr als 94 Mio. Euro ist hier nochmals eine Steigerung von mehr als 3 Mio. Euro gegenüber dem Haushaltsansatz 2006 zu verzeichnen, dies sind knapp 40% des gesamten Haushaltsvolumens.

Nicht unerwähnt sollen in diesem Zusammenhang die Spenden der Kreissparkasse Heinsberg in Höhe von 400.000 Euro bleiben. Dieses Geld kommt auch in diesem Jahr den Erziehungsberatungsstellen, der Schuldnerberatungsstelle, den Verbänden der freien Wohlfahrt und den komplementären Diensten zu Gute und führt somit auch zu einer Entlastung des Kreishaushaltes.

Meine Damen und Herren!

Die demographische Entwicklung im Kreis Heinsberg und die möglichen Auswirkungen sind ein Thema, dem wir uns auch als Kreistag in den nächsten Wochen und Monaten intensiv widmen sollten.

Denn auch auf den Kreis Heinsberg kommen tief greifende Veränderungen im Bereich der Bevölkerungsentwicklung zu. Sie Frau Machat haben die Problematik während unserer Klausurtagung treffend dargestellt und drei Entwicklungslinien aufgezeigt.

- Wir werden immer weniger, weil weniger Kinder geboren werden.
- Wir werden älter, weil sich die Lebenserwartung stetig verbessert.
- Wir werden internationaler, weil Menschen aus anderen Ländern zu uns kommen, um hier mit uns zu leben.

Die daraus resultierenden Fragen sind formuliert.

Wie kann es gelingen, dass wieder mehr Kinder in unserem Land geboren werden?

Und welche Voraussetzungen müssen geschaffen werden, damit Frauen und Männer bereit sind sich wieder für Kinder zu entscheiden?

Die Politik ist gefragt Anreize zu schaffen und Konzepte zu entwickeln, die diesen Entwicklungen positive Impulse geben und langfristige Lösungen darstellen.

So hängt die Lösung der Probleme nicht zuletzt von den Bedingungen ab, die Familien bei der Betreuung ihrer Kinder in Kindertagesstätten und Schulen vorfinden. Von großer Bedeutung ist sicherlich, ob Frauen die Möglichkeit haben, ohne Karriereknick nach der Geburt eines Kindes wieder ins Berufsleben einzusteigen.

So vielschichtig diese Problematik ist, so vielfältig sind die Lösungsvorschläge. Sie reichen von der flächendeckenden Einführung von Ganztagschulen, über die Errichtung von Familienzentren, bis zu beitragsfreien Kindertagesstätten, um nur einige Lösungsansätze zu nennen.

Die demographische Entwicklung des Kreises war in den vergangenen Wochen Gegenstand von umfangreichen Datenerhebungen und Untersuchungen durch die Projektgruppe Bildung und Region aus Bonn.

Im Ausschuss für Gesundheit und Soziales am 23. Oktober diesen Jahres wurden umfangreiche Basisdaten zur kommunalen Pflegeplanung im Kreis Heinsberg vorgestellt.

Ausgangspunkt und Grundlage für diese Untersuchungen ist der §6 des Gesetzes zur „Änderung des Gesetzes zur Umsetzung des Pflegeversicherungsgesetzes“, danach sind die Kreise und kreisfreien Städte verpflichtet einen kommunalen Pflegeplan zu erstellen.

Die gleiche Projektgruppe aus Bonn war für den Jugendhilfeausschuss tätig, hier dient die demographische Studie zur Entwicklung der Bevölkerung im Kreis Heinsberg als Basisplan zur Erstellung des Jugendhilfeplans.

Die CDU Kreistagsfraktion wird im kommenden Jahr fraktionsinterne Arbeitsgruppen bilden, die diese umfangreichen Daten diskutieren.

Die Ergebnisse der Arbeit werden wir den anderen Fraktionen rechtzeitig zur Verfügung stellen. Das verspreche ich ihnen.

Wir sind der festen Überzeugung, dass Kinder- und Familienfreundlichkeit des Kreises und seiner Städte und Gemeinden wichtige Standortfaktoren sind. Es gilt eine enge Vernetzung und Zusammenarbeit von Jugendhilfe, Schulen und Kindertagesstätten aufzubauen. Und vielleicht gelingt es in Zukunft auch einen gemeinsamen Schulentwicklungsplan mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden zu entwickeln.

Aber ebenso die Tatsache, dass immer mehr ältere Menschen im Kreis Heinsberg leben, hat Auswirkungen auf die politischen Entscheidungen, z.B. in den Bereichen Bau- und Verkehrsplanung, Bildungsangebote und Gesundheitseinrichtungen sowie dem ÖPNV.

Wir begrüßen es daher sehr, dass sich aus der Gesundheitskonferenz und der Pflegekonferenz eine Arbeitsgruppe unter dem Titel „Älter werden im Kreis Heinsberg“ gebildet hat, die bereits umfangreiche Handlungsempfehlungen zur Gesundheitsförderung und zur Sicherung der gesundheitlichen und sozialen Versorgung der älter werdenden Bevölkerung im Kreis Heinsberg erarbeitet hat.

Ein dritter Aspekt neben der Kinder- und Familienfreundlichkeit sowie der kommunalen Seniorenpolitik ist die Frage der Integration von Migranten und Zuwanderern.

Auch hier gilt es Handlungsoptionen und Projekte zu entwickeln, z.B. durch Sprachförderung die Chancen auf bessere Schulbildung und Berufsabschlüsse zu ermöglichen.

Wir als CDU Fraktion sind der Überzeugung, dass diese so genannten weichen Standortfaktoren immer mehr von Bedeutung sein werden, wenn Menschen vor der Entscheidung stehen, in den Kreis Heinsberg zu ziehen. Wir sehen diese, unsere Auffassung untermauert durch die Entwürfe der Lenkungsgruppe der WFG, die für die Entwicklung eines Leitbildes für den Kreis Heinsberg verantwortlich ist. Dort heißt es: Der Standortfaktor „Familienfreundlichkeit“ wird immer wichtiger und Familien und Jugend stehen im Wettbewerb der Regionen und sind Zukunftsentscheidend.

In einem Leitgedanken zum Entwurf des Leitbildes heißt es:

- *Angesichts der demographischen Entwicklung und seiner zunehmenden Überalterung unserer Gesellschaft, werden Menschen unter 40 Jahren und vor allem junge Familien mit Kindern zunehmend zu einem hart umkämpften „Knappen Gut“ – gerade auch im Wettbewerb mit anderen Regionen.*
- *Der Kreis ist sich dieser Entwicklung bewusst und wird entsprechend handeln: Es wird nicht nur darum gehen, den Bürgern des Kreises – und solchen, die es noch werden wollen – eine angebotsorientierte Kinder-, Jugend- und Familienförderung zu bieten.*
- *Vielmehr kommt es darauf an, die ökonomischen, sozioökonomischen und kommunikativen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass damit die Freude am Leben, Wohnen, und Arbeiten im Kreis gefördert und das Zugehörigkeitsgefühl der Menschen zu ihrer Region nachhaltig gestärkt wird.*

Diesen Ausführungen ist nichts mehr hinzuzufügen als der Feststellung, wir haben eine Menge Arbeit vor uns.

Meine Damen und Herren!

Die Jugendamtskosten konnten auch im Haushalt 2007 annähernd stabil gehalten werden. Der Umlagebedarf steigt im Vergleich zu 2006 um ca. 130.000 Euro. Der Hebesatz der Jugendamtsumlage sinkt um rd. 1,25 Prozentpunkte auf 14,95 Prozentpunkt. Dies ist bedingt durch die gestiegenen Umlagegrundlagen der Jugendamtsgemeinden.

Wie allerdings die Zukunft des Kreisjugendamtes aussieht, wenn die Stadt Geilenkirchen ein eigenes Jugendamt einrichtet und wie die Kostenentwicklung sich gestaltet, ist zurzeit noch nicht absehbar.

Wir bedauern sehr, dass die Stadt Geilenkirchen sich entschieden hat, ein eigenes Jugendamt einzurichten. Sprachen doch nach unserem Verständnis alle Fakten für einen Verbleib beim Kreisjugendamt. (Basisdaten der Studie der Projektgruppe Bildung und Region aus Bonn und die Tatsache, dass die Stadt Geilenkirchen eine „Nehmerkommune“ ist).

Diesen Veränderungen gilt es im Jahr 2007 schon Rechnung zu tragen, um auf das Jahr 2008 entsprechend vorbereitet zu sein.

Meine Damen und Herren!

Entwicklungen in unserer Gesellschaft in Bezug auf Gewalt gegenüber Kindern sind erschreckend. Und in einem Land, das immer noch zu den reichsten in der Welt zählt, darf uns nichts zu teuer sein, um für Kinder alles zu tun, was in unserer Macht steht, wenn Leib, Seele und Leben gefährdet sind.

Ausgelöst von den verschiedenen Kindesmisshandlungen in den letzten Monaten wurde die Arbeitsweise der Jugendämter in den Medien kritisch hinterfragt. Die Mitarbeiter des Jugendamtes des Kreises Heinsberg haben in der Jugendhilfeausschusssitzung vom 14.11.06 sehr umfangreich ihre Arbeit in diesem Bereich dokumentiert und dargelegt.

Es wurde in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass die notwendigen Maßnahmen in den jeweiligen Fällen nicht an den finanziellen Ressourcen ausgerichtet sind, sondern einzig und allein an den Bedürfnissen, die dem Wohle der Familien, der Kinder und Jugendlichen dienen.

Sie, Herr Landrat, haben bei der Einbringung des Haushaltsentwurfes in ihren Ausführungen noch einmal in besonderer Weise hervorgehoben, dass die Menschen im Vordergrund stehen

und nicht die Kosten. Wenn wir ein familienfreundliches Land sein wollen, ist dies eine unabdingbare Prämisse.

Allerdings gilt auch hier, wie in vielen anderen Bereichen des Lebens, dass jeder einzelne Mitbürger aufgerufen ist nicht Augen und Ohren zu verschließen, wenn Missstände offensichtlich sind.

An dieser Stelle möchten wir uns einmal ausdrücklich für das Engagement der Mitarbeiter des Kreisjugendamtes herzlich bedanken.

Die Ereignisse um den Amoklauf von Emstetten und der massive Polizeieinsatz in Baden Württemberg haben die Diskussion von neuem entfacht, welche präventiven Maßnahmen nötig sind, um solche Ereignisse erst gar nicht entstehen zu lassen.

In diesem Zusammenhang wird immer wieder der Ruf nach einer besseren personellen Ausstattung im Bereich der Schulsozialarbeit laut.

Der Jugendhilfeausschuss hat im vergangenen Jahr mehrmals und schon vor den von mir erwähnten Ereignissen das Thema der Schulsozialarbeit diskutiert.

Dabei so denke ich, war und ist man sich in der Analyse der Sachlage einig gewesen, dies habe ich auch in meiner Haushaltsrede am 06. April zum Ausdruck gebracht. Die Frage lautete: wie können wir z.B. an den Berufskollegs Erkelenz und Geilenkirchen die Betreuung der Schüler durch Schulsozialarbeit verbessern?

In der Sitzung vom 13. Dezember 06, also vor wenigen Tagen, haben Sie meine Damen und Herren von der SPD Fraktion, noch einmal den Antrag zur Aufstockung der Schulsozialarbeit um eine ganze Stelle gefordert. Die CDU Fraktion hat diesem Anliegen zugestimmt, da der Versuch über Ein-Euro-Jobber die Stelle der Schulsozialarbeit zu besetzen leider fehlgeschlagen ist.

Gleichwohl sollte erwähnt werden, dass die Forderung des Jugendhilfeausschusses vom 14. März 2006, die ARGE solle in den ersten 6 Wochen des Schuljahrs in den Berufskollegs präsent sein, Früchte getragen hat.

In der Anlage 1 zum Tagesordnungspunkt 3 der Jugendhilfeausschusssitzung vom 13. Dezember 06 heißt es:

„Die Schulleiter der Berufskollegs haben bestätigt, dass die seinerzeit bestehenden Probleme hinsichtlich der Berufsberatung nunmehr ausgeräumt seien. Die Zusammenarbeit mit der Arbeitsagentur und der ARGE erfolgen reibungslos.

Darüber hinaus hat die ARGE mittlerweile in Abstimmung mit dem Jugendamt und den Schulleitern der Berufskollegs einen Träger mit der Durchführung einer Eingliederungsmaßnahme für Bezieher von Leistungen nach dem SGB II, die berufsschulpflichtig sind, aber sich weder in einem Ausbildungs- noch einem Beschäftigungsverhältnis befinden, beauftragt.“...

„Ziel und Aufgabe dieser Maßnahme ist es, alle Jugendlichen aufzufangen, zu motivieren und an berufliche Inhalte und Anforderungen heranzuführen.“

Mit dem Beschluss vom vergangenen Mittwoch und den eingeleiteten Maßnahmen zu Beginn des Schuljahres haben wir gute Entscheidungen für die jungen Menschen an diesen Schulen getroffen.

Meine Damen und Herren!

Der ÖPNV, ein Thema, dass die Gemüter und Emotionen etwas höher schlagen lassen. Zahlreiche Gutachten und Untersuchungen wurden in den vergangenen Jahren in Auftrag gegeben, erstellt und diskutiert.

Die Kosten des ÖPNV sind auch im Haushalt 2007 mit über 6. Mio. Euro beziffert. Diesen Kosten stehen nach dem Haushaltsentwurf auch im kommenden Jahr Gewinnausschüttungen der Kreiswerke Heinsberg in entsprechender Höhe gegenüber. Diese Situation ist auf Zukunft hingesehen nicht so, als dass man die Hände in den Schoß legen könnte.

Vor dem Hintergrund knapper öffentlicher Finanzmittel und der Ankündigung weiterer Sparmaßnahmen von Bund und Ländern auch für den ÖPNV und der teilweise schon umgesetzten Sparmaßnahmen im Nahverkehr

(Koch/Steinbrück Papier/Reduzierung der anrechenbaren Tage bei den Schülerjahreskarten) haben wir als Kreistag die Pflicht und Aufgabe, das ÖPNV Angebot im Kreis Heinsberg kritisch und konstruktiv zu begleiten.

Die von der West Energie und Verkehr GmbH & Co .KG(west) mittels Restrukturierungsplan umgesetzten bzw. angestrebten Kostenreduzierungen der nächsten Jahre, werden die Kürzungen allein bei weitem nicht auffangen können. Insbesondere in Anbetracht der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung der west gemäß aktuellem Wirtschaftsplan werden die Energiegewinne des Unternehmens zukünftig nicht mehr allein zur vollständigen Abdeckung des ÖPNV-Defizits im Kreis Heinsberg ausreichen. (Quelle Abschlussbericht CDU Arbeitskreis ÖPNV)

Deshalb haben wir als CDU Fraktion die Arbeitsgruppe ÖPNV eingerichtet.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass die Vorlage des Abschlussberichtes sicherlich sehr kurzfristig war, allerdings ging es nur darum, einen sehr geringen Teil unserer Änderungsvorschläge für den nächsten Fahrplanwechsel zu beschließen. Wir geloben hier auch Besserung.

Deshalb von unserer Seite noch einmal die Einladung an die anderen Fraktionen, sich mit den von uns ausgearbeiteten Vorschlägen kritisch auseinander zu setzen, damit wir das Beste für den ÖPNV im Kreis Heinsberg und vor allem für die Bürger, die auf den ÖPNV angewiesen sind, erreichen können.

Abschließend gestatten Sie mir in dieser Sache noch eine kurze Bemerkung. Wir halten es für durchaus legitim, den Sachverstand von Mitarbeitern der Verwaltung und der West in unseren Arbeitskreis mit einzubeziehen.

Sich deshalb so zu echauffieren, wie dies seiner Zeit hier im Kreistag geschehen ist, halten wir nicht für gerechtfertigt. Denn ich habe mir sagen lassen, auch Mitglieder anderer Fraktionen nehmen den Sachverstand der Verwaltung in Anspruch.

Meine Damen und Herren!

Das Stichwort Leitbildentwicklung ist schon im Zusammenhang mit der demographischen Entwicklung im Kreis Heinsberg genannt worden. In der Regioratsitzung am 04. Dezember 06 im Kreishaus in Aachen wurde der Entwurf eines Leitbildes der Regio Aachen vorgestellt. Im Verlauf dieser Sitzung wurde kritisch angemerkt, dass der Eindruck entstanden sei, dass die Kreis- und Stadtparlamente sich bis zum jetzigen Zeitpunkt nur unzureichend mit diesem Thema befasst haben. Auf Grund der geänderten Förderstrukturen ab 2007 im Rahmen des neuen NRW-EU Ziel-2-Programms 2007 – 2013 und des zukünftigen Ziel-3-Programms der Europäischen Union (Europäische Territoriale Zusammenarbeit),

das die Gemeinschaftsinitiative INTERREG III ersetzen wird sowie für ELER (Europäischer Landwirtschaftsfonds zu Entwicklung des ländlichen Raumes) halten wir es für unabdingbar, dass wir uns als Kreistag des Kreises Heinsberg mit diesem Thema beschäftigen. Neben der Entwicklung eines Leitbildes für den Kreis Heinsberg durch die WFG gilt es den Entwurf des Leitbildes der Regio Aachen kritisch und konstruktiv zu begleiten.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist dringend angesagt, noch vermehrt über den Tellerrand hinauszusehen und die Zusammenarbeit in der Regio Aachen zu suchen. Es gilt die vielfältigen Stärken des Kreises Heinsberg in die Regio Aachen hineinzutragen.

Denn nur eine starke Regio Aachen wird in Zukunft die Möglichkeit haben, Fördergelder für zukunftsweisende Projekte zu erhalten. Wir stehen nicht nur in einer Konkurrenzsituation, wenn es um europäische Fördergelder geht, sondern auch mit den verschiedenen Regionen innerhalb NRW. Es ist Pflicht und Aufgabe zugleich für die Menschen im Kreis und der Regio Aachen die Entwicklungen nicht zu verpassen.

Dieses Thema ist von großer Bedeutung und sollte daher in den kommenden Wochen und Monaten auf unserer Tagesordnung stehen. Aus diesem Grund schlagen wir Ihnen heute vor, dass sich der Landrat mit den Fraktionsvorsitzenden auf eine Vorgehensweise verständigt, um einerseits den Mitgliedern des Kreistages entsprechende Informationen zukommen zu lassen und andererseits eine Plattform geschaffen wird, die es uns ermöglicht, die Impulse und Anregungen zu diskutieren und in die Überlegungen der Regio einfließen zu lassen.

Meine Damen und Herren!

Das Volumen des Vermögenshaushaltes wird von 18,3 Mio. Euro im Jahre 2006 auf ca. 15,6 Mio. Euro 2007 sinken.

In den vergangenen Jahren haben wir große Investitionen im Bereich der Schulen getätigt. 2007 ist noch einmal eine größere Baumaßnahme am Kreisdagsgymnasium vorgesehen. Wir halten diese Investitionen für notwendig und richtig, da sie einen nachhaltigen Charakter haben,

ich erinnere an meine Ausführungen zur demographischen Entwicklung und die Kriterien, die über die Attraktivität des Kreises entscheiden, wenn es um die Zukunftsfähigkeit geht. Diese Maßnahmen, davon sind wir überzeugt, tragen zur Zukunftssicherung des Kreises bei.

Ein sicherlich wichtiges Kriterium für eine positive wirtschaftliche Entwicklung, ist eine gute Infrastruktur im Bereich der Verkehrswege. Ein gut ausgebautes Straßennetz ist unter dem Aspekt der Gewerbeansiedlung und damit auch für die Schaffung neuer Arbeitsplätze unumgänglich.

Andererseits schaffen wir durch den Bau von Umgehungsstraßen auch eine erhebliche Entlastung für die Menschen in unseren Städten und Dörfern.

Die zurzeit geplanten Straßenbauprojekte sind deshalb dringend notwendig. Dass sie nicht immer bei allen Bürgern hundertprozentige Zustimmung erfahren, liegt in der Natur der Sache.

Für den Kreis Heinsberg von großer Bedeutung ist sicherlich der Bau der B 56n, die zur Entlastung, vor allem des Schwerlastverkehrs, in vielen Orten führen wird. Hierzu möchte ich bemerken, dass die Straße auf der niederländischen Seite seit mindestens einem halben Jahr schon fertig gestellt ist.

Von infrastruktureller Bedeutung für den Kreis sind sicherlich die B221n, L364n. Hier kann nun nach dem Urteil des Verwaltungsgerichtes Aachen nach Aussage von Herrn Dezernent Nießen mit der Rechtskraft des Beschlusses der Baubeginn erfolgen.

Die EK5 als eine wichtige Ortsumgehung von Haaren, Kirchhoven, Lieck und Heinsberg soll voraussichtlich im Jahr 2009 zur Ausführung kommen.

Für den Kreishaushalt 2007 bedeutet dies in Bezug auf die Kreisstraßen und die anstehenden Maßnahmen, dass den Einnahmen von ca. 1 Mio. Euro Ausgaben von 2,8 Mio. Euro gegenüber stehen, hier ist ein Zuschussbedarf von ca. 1,8 Mio. Euro zu erwarten.

Die Schulden und die Neuverschuldung sind immer wieder ein Thema in den Haushaltsreden. Der Kämmerer hat bei der Einbringung des Haushaltes von einer zu erwartenden Netto-Neuverschuldung von ca. 3,8 Mio. Euro gesprochen. Damit würde der Schuldenstand einschließlich der Inneren Darlehen abhängig von der Ausführung der Investitionen zum Jahresende 2007 bei rd. 42 Mio. Euro liegen.

Die CDU Kreistagsfraktion unterstützt die Aussage des Kämmerers Herrn Schöpgens, dass der schrittweise Abbau der Verschuldung eines der Ziele der Haushaltsplanung der kommenden Jahre sein muss.

Doch sehen wir die derzeitige Entwicklung nicht als beunruhigend an, weil den Ausgaben entsprechend sinnvolle Investitionen gegenüber stehen.

Zu diesem Themenkomplex kommt die Gemeindeprüfungsanstalt zu folgendem Fazit: „Die Schulden des Kreises Heinsberg sind trotz starkem Anstieg in den vergangenen Jahren niedrig im interkommunalen Vergleich. Die Belastungen für den Verwaltungshaushalt durch den Kapitaldienst bzw. die zukünftige Ergebnisrechnung durch Zinsaufwand ist entsprechend niedrig. Dieser Vorteil sollte durch maßvolle Investitionen stabilisiert werden.“

Aus dem Investitionsprogramm geht hervor, dass für die Jahre 2008 bis 2010 Ausgaben von 25,2 Mio. Euro vorgesehen sind. Allerdings sind die Ausgaben abhängig von den jeweiligen Zuschussgewährungen.

Schlussbemerkung:

Meine Damen und Herren!

Es gibt ein Sprichwort, das sagt: „ Wer seinen Hafen nicht kennt für den steht der Wind niemals günstig“.

In den kommenden Wochen und Monaten gilt es verstärkt Ziele zu formulieren und Entscheidungen zu treffen. Vor allem in den Bereichen der Jugendhilfe im Zusammenhang mit der Entwicklung des Jugendhilfeplanes, im Bereich des Gesundheitsausschusses zum Thema Pflegeplan und der Thematik „Älter werden im Kreis“, beim ÖPNV aber auch in der Leitbildentwicklung auf Ebene des Kreises und der Regio. Eine gute Grundlage für viele Bereiche ist die Studie zur demographischen Entwicklung im Kreis Heinsberg durch die Projektgruppe Bildung und Region aus Bonn.

Die Menschen in unserem Land schauen wieder optimistischer in die Zukunft, die Indikatoren und die jüngsten Zahlen und Prognosen von vielen Fachleuten lassen uns hoffen, dass es aufwärts geht.

In meiner heutigen Stellungnahme war es mir neben der Betrachtung einzelner Haushaltsstellen ein Anliegen, die politischen Handlungsfelder zu beleuchten, die nach Auffassung der CDU Kreistagsfraktion im kommenden Jahr von Bedeutung sein werden.

Natürlich gibt es, wie ich zu Anfang meiner Ausführungen erläutert habe, äußere Einflüsse, die den Haushalt be- oder entlasten können, die Landschaftsverbandsumlage gilt sicherlich zu den negativen Einflüssen.

Dass Sie, meine Damen und Herren, gleichwohl je nach politischer Couleur die Landes- oder gar die Bundespolitik ins Feld führen werden, um ihre Position zum Kreishaushalt zu verdeutlichen ist verständlich. Vor allem im Hinblick auf die Maßnahmen der Landesregierung gilt zu sagen, dass politische Ziele formuliert worden sind und nun auch konsequent umgesetzt werden. Ich bin davon überzeugt, dass das Erreichen dieser Ziele, im Letzten auch dem Kreis Heinsberg von Nutzen sein werden.

Wenn man rückblickend die Ausgangsposition für die Landesregierung betrachtet, ist sicherlich schon einiges erreicht worden.

Das Volumen des Landeshaushaltes hat sich von 1980 bis 2005 von 26,8 auf 51 Milliarden Euro erhöht. Die Gesamtschulden des Landes nahmen in diesem Zeitraum von 19,2 auf 113 Milliarden Euro zu. Der Zinsanteil am Haushalt wurde nahezu verdreifacht.

2001 und 2002 stellte das Verfassungsgericht die Verfassungswidrigkeit der Haushalte fest, 2004 wurde die Grenzüberschreitung nachträglich von der Landtagsmehrheit genehmigt.

Mit einer Verringerung der Neuverschuldung um 1,5 Milliarden Euro zum Jahresende 2006 kommt erstmals wieder ein verfassungsgemäßer Haushalt in Sicht. Für 2007 strebt Finanzminister Linssen eine Neuverschuldung von noch 2,8 Milliarden Euro an. Weil die Landesinvestitionen zugleich bei rund 3,3 Milliarden Euro angesetzt werden, ist dann die Verfassungsgrenze unterschritten. Ähnlich niedrig lag die Neuverschuldung zuletzt Anfang der Neunziger Jahre.

Und trotz dieser schwierigen Ausgangssituation erhalten die Kommunen mit dem GFG Gemeindefinanzierungsgesetz 2007 gut 900 Millionen Euro mehr als noch 2006.

Erfreut und doch auch etwas erstaunt konnten wir vernehmen, dass die SPD Fraktion dem Haushaltsentwurf 2007 zustimmen wird. In Ihrer Rede zum Haushaltsentwurf 2006 haben Sie Ihre Ablehnung damit begründet, dass der Haushalt des Kreises Heinsberg in eine die Handlungsfähigkeit bedrohende, strukturelle Schieflage geraten sei, und dass das Zahlenwerk zudem zu erkennen gibt, dass mit der Mehrheit dieses Kreistages immer wieder an wichtigen Wegmarken der Kreispolitik eben nicht die richtige Richtung eingeschlagen worden sei.

Scheinbar hat die Mehrheit doch die richtige Richtung eingeschlagen aber vielleicht haben Sie sich auch daran erinnert, dass die weitreichenden Investitionen immer einvernehmlich beschlossen wurden.

Sei's drum, wir begrüßen Ihre Entscheidung dem Haushaltsentwurf und dem Investitionsprogramm zuzustimmen.

Meine Damen und Herren!

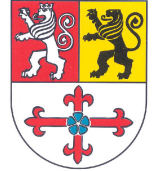
Im Namen meiner CDU Kreistagskolleginnen und Kollegen möchte ich mich beim Kämmerer und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die geleistete Arbeit ganz herzlich bedanken.

Die CDU Kreistagsfraktion stimmt dem Entwurf des Kreishaushaltes 2007 und dem Investitionsprogramm für die Jahre 2006 – 2010 zu.

Einen herzlichen Dank an die Kolleginnen und Kollegen aus den Fraktionen der SPD, FDP und Bündnis 90/ Die Grünen für die sachliche Zusammenarbeit im Kreistag und in den Ausschüssen, vor allem dann, wenn es galt sehr weitreichende Entscheidungen zu treffen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Ich wünsche Ihnen allen von dieser Stelle im Namen der CDU-Fraktion noch ein paar besinnliche Adventstage, ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr.



Rede zum Entwurf der Haushaltssatzung 2006 des Kreises Heinsberg

von Franz-Josef Fürkötter,

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Kreistag Heinsberg

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrter Herr Landrat,
meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wer von uns hätte, als wir hier vor weniger als einem dreiviertel Jahr den Haushalt 2006 beraten und verabschiedet haben, erwartet, dass die heutige abschließende Beratung des Haushaltsplanes für 2007 in einem gesamtwirtschaftlichen Rahmen stattfindet, der so positiv ist wie seit fünf Jahren nicht mehr? Übereinstimmend erwarten die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute inzwischen für 2006 ein Wirtschaftswachstum in Deutschland von 2,5 %, wenn nicht sogar noch etwas mehr - „Ein Wintermärchen“, wie die Süddeutsche Zeitung kürzlich treffend titelte. Denn die Experten gehen, über das von kaum jemandem erwartete Wachstum in diesem Jahr hinaus, von einem sog. „langen Wachstum“ aus; die Wirtschaftsleistung in Deutschland soll nicht nur im kommenden Jahr, ungeachtet der dreiprozentigen Mehrwertsteuererhöhung, um bis zu zwei Prozent zulegen, dieser Prozess soll sich auch in den folgenden Jahren fortsetzen.

Nun ist Wirtschaftswachstum weder Selbstzweck, noch etwas, das nur stattfindet, um einigen wenigen die Taschen zu füllen. Bedeutsam für Staat und Gesellschaft sind vielmehr zwei Entwicklungen, die mit der konjunkturellen Erholung in ursächlichem Zusammenhang stehen: deutlich höhere Steuereinnahmen und eine – endlich – spürbar

sinkende Arbeitslosigkeit. Beide Entwicklungen sind bzw. werden auch bei uns im Kreis Heinsberg spürbar.

Nach der Steuerschätzung vom November ist in diesem und im kommenden Jahr mit Steuermehreinnahmen - verglichen mit der letzten Schätzung vom Mai – in Höhe von, zusammengekommen, 39,5 Mrd. € zu rechnen. Davon entfallen nach Angaben des Bundesfinanzministers auf die Länder gut 15 Mrd. und auf die Kommunen 3,9 Mrd. in diesem Jahr und 4,0 Mrd. in 2007. Der Kreis profitiert davon in zweifacher Weise: zum einen bei den Schlüsselzuweisungen durch das Anwachsen der dem GFG zugrunde liegenden Verbundmasse beim Land – ich komme auf das Land noch einmal zurück – und zum andern durch den Anstieg der Kreisumlagegrundlagen, der das Aufkommen aus der Kreisumlage, trotz wieder leicht rückläufigen Hebesatz, auf 100,3 Mio. € zunehmen lässt.

Dass die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland im Jahresdurchschnitt 2006 um gut 360.000 gesunken sein dürfte und im November die psychologisch wichtige 4-Mio.-Grenze unterschritten hat, dass hat in der Abwicklung des Kreishaushalts noch nicht, wie gewünscht, seinen Niederschlag gefunden – die durchgängig über den Bundeswerten liegende Quote im Kreis Heinsberg ließ auch nichts anderes erwarten: der Kämmerer hatte sich im UA 482 für eine um ca. 1 Mio. – gegenüber den vom Sozialamt errechneten Zahlen – reduzierte Ausgabenveranschlagung entschieden; das war etwas zu optimistisch, da wird wohl eine halbe Mio. mehr fällig – das ist, andersherum betrachtet, aber auch eine halbe Mio. weniger als vom Sozialamt vorgegeben. Für 2007 hat der Kämmerer bei den Kosten für Unterkunft und Heizung im UA 482 erneut eine Mio. weniger veranschlagt, als vom Sozialamt ermittelt, und das erscheint realistisch, denn nach Ansicht der Experten wird sich der Rückgang der Arbeitslosenzahlen im nächsten Jahr, sogar noch leicht verstärkt, fortsetzen: das Ifo-Institut geht von einem Minus von 380.000 im Jahresdurchschnitt aus.

Dauerhafter Aufschwung, nur so sprudelnde Steuereinnahmen und nachhaltig sinkende Arbeitslosenzahlen - also alles im grünen Bereich, könnte man meinen. Warum aber sind dann so viele Menschen in Deutschland nicht zufrieden, wie uns die Meinungsforscher immer wieder sagen, weder mit der Lage im allgemeinen, noch mit ihrer persönlichen Situation, und schon gar nicht mit den Leistungen, die die Politik

abliefern? Dass, seriösen Umfragen zufolge, zwei Drittel der Befragten der Auffassung sind, es gehe in unserem Land nicht gerecht zu, kann dafür einen brauchbaren Erklärungsansatz bieten. Denn nüchterne Fakten zeigen, wie die Realität aussieht, die dieser Einschätzung von zwei Dritteln der Bevölkerung zugrunde liegt:

Schon im Jahre 2005 hat die Bundesregierung in ihrem Armuts- und Reichtumsbericht eine wachsende Ungleichheit in der Bevölkerung festgestellt. Während das obere Zehntel der Haushalte von dem auf 5 Billionen Euro geschätzten Privatvermögen der Deutschen mit 47 Prozent fast die Hälfte besaß, mussten sich die unteren 50 Prozent der Haushalte mit nicht einmal vier Prozent von diesem riesigen Batzen begnügen.

Am 5. Dezember hat das Statistische Bundesamt einen Bericht über „Leben in Europa“, so der Titel, vorgelegt. Demzufolge sind 13 Prozent aller Deutschen von Armut bedroht; das sind 10,6 Mio., davon mindestens 1,7 Mio. Kinder. Arm ist, so lautet die Definition der EU, wer weniger als 60 % des durchschnittlichen Einkommens zur Verfügung hat. Das sind in Deutschland, so berechnet das Statistische Bundesamt, 856 € pro Person; unterhalb davon beginnt die Armut. Armut jedoch nur als Geldmangel zu beschreiben, als unzureichende materielle Versorgung, das greift zu kurz. Armut bedeutet auch Mangel an Teilhabe. So sieht es auch die im Juni erschienene Armutsdenkschrift der evangelischen Kirche. Arm ist demnach auch, wer nicht arbeiten kann, wem es an Deutsch-Kenntnissen und Bildung mangelt, wer seine Kinder nicht in der Schule unterstützen kann – um nur einige wenige Aspekte von Ausgrenzung, von sozialer Desintegration zu nennen, die mit Armut untrennbar verbunden ist.

Armut ist in der Mitte der Gesellschaft und auch in deren Bewusstsein angekommen. Die genannten Fakten sind sämtlich allgemein zugänglichen Statistiken und Studien entnommen. Dennoch spielt das alles in den politischen Debatten kaum eine Rolle, von hektisch aufgeregtem Reden über „Unterschichten“ oder über „Prekariat“ einmal abgesehen. Dabei genügt ein Blick in den Kreishaushalt, um zu erkennen, dass die dargestellte gesellschaftliche Entwicklung nicht nur für die Betroffenen schlimm ist, sondern auch immer höhere, aus den öffentlichen Kassen zu begleichende Kosten verursacht: allein in den Unterabschnitten 411 und 412 sowie 482 und 485 – von der Hilfe zur Pflege bis zur Grundsicherung – steigt der Zuschussbedarf in 2007 um mehr als 2,6 Mio. € gegenüber dem laufenden Jahr. Der Vorbericht zum Haushalt spricht von

einem „rasanten Erhöhungspotenzial“, und damit ist nicht nur das Jahr 2007 gemeint. Wenn die kommunale Ebene – Städte, Gemeinden und Kreise -, die, wie am Kreishaushalt ablesbar, die Hauptlast der gesellschaftlichen Verwerfungen zu tragen hat, jemals wieder zu gesunden Finanzen kommen soll, dann darf der Gesetzgeber in Bund und Land der skandalösen und sich weiter verschärfenden Ungerechtigkeit in der Gesellschaft nicht länger – zumeist unter Hinweis auf die angeblichen Unausweichlichkeiten des globalisierten Kapitalismus – mehr oder weniger tatenlos zusehen. Aber nicht nur deshalb: Ein Staat ohne Gerechtigkeit, heißt es bei Augustinus, ist nichts als „eine große Räuberbande“. Vielleicht erklärt das auch die erwähnte Unzufriedenheit vieler Menschen, denn wer hat schon Lust, inmitten einer Räuberbande zu leben.

Meine Damen und Herren,

„Die Zuweisungen des Landes im Gemeindefinanzierungsgesetz steigen scheinbar im zweistelligen Prozentbereich.“ Diese Formulierung ist nicht von mir, sondern vom Präsidenten des Landkreistages NRW, Thomas Kubendorff. „Scheinbar“ bedeutet: es sieht bloß so aus. Die Steigerung ist nämlich in Wirklichkeit Sondereffekten geschuldet, vor allem der letztmaligen Abrechnung von Krediten an die Kommunen und Kreise in Höhe von 674 Mio. €. Zwar haben wir es bei der GFG-Verbundmasse nach der 2. Modellrechnung nicht mehr mit einem tatsächlichen Minus von 0,8 Prozent zu tun, wie der Landkreistag noch Ende Oktober vorgerechnet hatte, sondern mit einem leichten Plus von etwa drei Prozent, und Verbundbetrag wie Schlüsselzuweisungen liegen in 2007 immer noch um rd. 500 bzw. 300 Mio. unter den Werten des Jahres 2000. Doch das reicht nun keineswegs, um die Finanzsituation der kommunalen Ebene in NRW so rosig zu beurteilen, wie Landesfinanzminister Dr. Linssen das tut, um Kommunen und Kreise zu Konsolidierungsbeiträgen zum Landeshaushalt heranzuziehen.

Die Herausnahme der Grunderwerbssteuer aus der Verbundmasse ist sachlich nicht gerechtfertigt, denn es handelt sich um eine Steuer, die den Kreisen und kreisfreien Städten bis 1987 zu 9/14 direkt zustand, und sie nimmt den Kommunen in 2007 165 Mio. €. Hinzu kommt, dass die neue Landesregierung die seit Jahren bestehende Befrachtung des GFG mit einem Konsolidierungsbetrag in Höhe von 166 Mio. € beibehält, obwohl die sie tragenden Fraktionen von CDU und FDP, als sie noch in der Opposition waren, dieses Verfahren Jahr für Jahr heftig kritisiert haben. Und die Befrachtung im Bereich des

Straßenhaushalts schließlich – 158,5 Mio. € - hat das Land in diesem Jahr durch die Umrechnung in eine Verbundsatzquote gar als dauerhafte Größe im GFG festgeschrieben. Damit bedient sich das Land bei den Kommunen zugunsten des Landeshaushalts mit, zusammengekommen, fast einer halben Million Euro. Das ist schon eine dreiste Zumutung, bedenkt man, dass die Hälfte aller Kommunen in NRW in diesem Jahr keinen ausgeglichenen Haushalt vorlegen kann, darunter erstmals auch neun Kreise, da für ihre kreisangehörigen Kommunen eine weitere Erhöhung der Kreisumlage nicht mehr tragbar gewesen wäre. Und natürlich, ist man geneigt zu sagen, werden die massiven Kürzungen bei den Sachmittelpauschalen nach dem GTK ebenso fortgeführt wie die Einschnitte im Landeugendplan. Und als Krönung sozusagen kommt jetzt noch die Kürzung der Landesfinanzierung der Weiterbildung nach dem Weiterbildungsgesetz um satte 18 % - bezogen auf das Jahr 2000 – hinzu, insgesamt liegt diese Förderung jetzt um 38 % unter dem Stand von 2000; für unsere Anton-Heinen-Volkshochschule in 2007 ein Minus von 90.000 €, wie im Haushalt nachzulesen.

Meine Damen und Herren,

der schon erwähnte Präsident des Landkreistages, Thomas Kubendorff, hat dieses finanzpolitische Handeln der Landesregierung auf der letzten Landkreisversammlung treffend kommentiert: „Wir freuen uns über jeden Fortschritt, den das Land bei der Sanierung des Landeshaushalts macht. Wir müssen uns aber entschieden dagegen wehren, dass dies auf Kosten der Kreise, Städte und Gemeinden geschieht.“ Wo er Recht hat, hat er Recht.

Auf Kosten der Kommunen, meine Damen und Herren, gehen auch die Einschränkungen, die das Land bei der anstehenden Reform der Gemeindeordnung den Kommunen bei ihrer wirtschaftlichen Betätigung auferlegen will. Nach dem Willen der Landesregierung sollen kommunale Unternehmen künftig nur noch dann aktiv werden dürfen, wenn ein dringender öffentlicher Zweck nachgewiesen und zudem belegt wird, dass kein privater Anbieter die entsprechende Leistung ebenso wirtschaftlich erbringen kann. Der Bestandsschutz, der den kommunalen Unternehmen zugebilligt werden soll, ist dabei nichts als eine wirkungslose Beruhigungsspielle, denn Unternehmen, die sich nicht weiterentwickeln können, sind mittwelfristig in ihrer Existenz gefährdet, wie der Geschäftsführer von west, Andreas Schwarberg, in einem Pressegespräch schon zurecht befürchtete. Beinahe gleich lautend hat Dortmunds Oberbürgermeister Dr.

Gerhard Langemeyer vom „Tod auf Raten aller leistungsfähigen Stadtwerke“ gesprochen. Hier toben sich marktradikale Ideologen aus nach dem Motto „Privat vor Staat“ – und die Zeche zahlen am Ende die Bürgerinnen und Bürger. Oder glaubt hier jemand im Ernst, dass ein derart in seinen Handlungs- und Entwicklungsmöglichkeiten beschränktes Unternehmen west auf Dauer in der Lage wäre, die Verluste des ÖPNV im Kreis Heinsberg auszugleichen. Und die Diskussion über die Übernahme der Abwasserentsorgung in Wegberg durch die Kreiswasserwerk GmbH hätten wir uns gleich ganz sparen können, wären den kommunalen Unternehmen schon jetzt, wie geplant Fesseln, angelegt. Nein, meine Damen und Herren, wir brauchen leistungsfähige kommunale Unternehmen, die in öffentlicher Verantwortung – und im fairen Wettbewerb mit privaten Anbietern – alle Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge uneingeschränkt wahrnehmen können. Dafür lohnt es sich in der Zeit, die noch bleibt, zu kämpfen, zum Wohle der Menschen, auch hier im Kreis Heinsberg.

Meine Damen und Herren,

lasen Sie mich noch einen Moment beim Kreiswasserwerk bleiben. Bei der Verabschiedung des Haushalts 2006 sah es so aus, als ob für die Bemessung des Gewinnanteils, der vom Kreiswasserwerk dem Kreishaushalt zuzuführen ist, eine vernünftige und konsensfähige Lösung gefunden wäre. Diese Zuführung sollte sich künftig – so hatten Sie, Herr Landrat, vorgeschlagen -, ausgehend von § 109 GO, an der marktgerechten Verzinsung des Eigenkapitals orientieren. Doch zu früh gefreut. Für 2007 hat der Kämmerer wiederum einen Betrag für die Gewinnausschüttung des Kreiswasserwerkes in den Haushalt eingestellt, diesmal sind es netto 500.000 €, dessen Höhe sich ausschließlich an den Bedürfnissen des Haushaltsausgleichs orientiert. Davon hat er dann anschließend die Verantwortlichen des Kreiswasserwerks in Kenntnis gesetzt. Ein Besprechung mit dem Kreiswasserwerk müsste jedoch zweifellos vor der Veranschlagung stattfinden, wenn die Kriterien von § 109 GO – nachhaltige Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Sicherstellung der für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen – für die Höhe der Ausschüttung maßgebend sein sollen. Sonst kann der Kämmerer ja gleich die Geschäftsführung des Wasserwerks übernehmen, aber das ist ja – zumindest soviel ich weiß – nicht vorgesehen. Die teilweise sehr verärgerten Reaktionen der vergangenen Wochen, die ja zu erwarten waren, sind jedenfalls vor dem Hintergrund des Diskussionsstandes, der schon im Frühjahr erreicht war, überflüssig wie ein Kropf. Um es

ganz klar zu sagen: die SPD-Fraktion ist mit einer Gewinnausschüttung des Kreiswasserwerks an seinen 100-prozentigen Eigentümer, den Kreis, ganz eindeutig einverstanden – wenn und insoweit sich deren Höhe an der Gewährleistung der nachhaltigen Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens orientiert. Wenn Sie, Herr Schöpgens, dies in Zukunft, anders als leider auch in diesem Jahr, nachvollziehbar darstellen, dann kann ich auf das Kapitel „Kreiswasserwerk“ in kommenden Haushaltsreden vielleicht wirklich verzichten.

Meine Damen und Herren,

die Bedeutung des Einzelplans 4 „Soziale Sicherung“ und der in diesem EP abgebildeten Aufgaben des Kreises wird schon an seinem schieren Umfang deutlich: mit Ausgaben von mehr als 94 Mio., € und einem Zuschussbedarf von gut 67 Mio. € umfasst er fast 45 Prozent des Verwaltungshaushalts. Ein gutes Drittel davon, rd. 37,4 Mio., werden allein im UA 482; da geht es, kurz gefasst, um die Arbeit der ARGE. Da der Kreis Heinsberg der ARGE zum 1. Juli 2005 vertraglich die Aufgabe übertragen hat, sich um etwa 20.000 Menschen im Rahmen des SGB II zu kümmern, und da es sich bei dieser Aufgabenerledigung „im Auftrag“ um ein vollkommenes Novum ohne Erfahrungswerte handelt, hat die SPD-Fraktion zum „Einjährigen“ der ARGE in zwei umfangreichen Anfragen im Juni und Oktober wissen wollen: wie läuft das eigentlich?

Eine Bewertung der Antworten ist schwierig. Festzustellen ist zunächst die durchweg defensive und auch ausweichende Art der Beantwortung der Fragen, so nach dem Motto: Was wollen die überhaupt von uns? Das ist ganz unangemessen, denn, auch wenn der Kreis hier die Erledigung von Aufgaben einem Dritten übertragen hat, haben wir uns damit ja nicht der Verantwortung entledigt, weder für die 20.000 Mitbürger im Kreis, um die es da geht, noch für die sinnvolle Verwendung der mehr als 36 Mio. €, die für diesen Aufgabenbereich in diesem Jahr bereit gestellt worden sind. Gleichwohl haben wir jetzt in einer ganzen Reihe von Punkten einen besseren Informationsstand; ob uns das, was wir etwa zur Zusammenarbeit in den Teams, zur Vermittlung, zur weiterhin hohen Zahl der Leistungsempfänger oder zur Software-Ausstattung erfahren haben, zufriedener gemacht hat, das ist eine ganz andere Frage. Ich würde allerdings nicht so weit gehen wie der Präsident des deutschen Landkreistages, Hans Jörg Duppré, der vor einigen Wochen von „teils kafkaesken Zuständen“ in den ARGE'n gesprochen und eine vollkommene Übertragung der Aufgaben auf die Kreise gefordert hat. Nein, meine Damen und Herren, ich glaube, eine solche Forderung ist kontraproduktiv; solange wir

nach dem Willen des Gesetzgebers die ARGE'n haben, sind wir als Kreis auch in der Pflicht, alles zu tun, damit diese erfolgreich sein können, soweit das irgend geht, zum Wohle der betroffenen Menschen, aber auch, das will ich gerne hinzufügen, im Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich vielfach wirklich, wie man hören kann, das sprichwörtliche Bein ausreißen.

Meine Damen und Herren,

wir, die SPD-Fraktion, wir freuen uns sehr, dass der Jugendhilfeausschuss in der vergangenen Woche, im zweiten Anlauf zwar, dafür aber einstimmig, unserem Antrag zugestimmt hat, die Schulsozialarbeit an den Berufskollegs in Erkelenz und Geilenkirchen auf jeweils eine ganze Stelle auszubauen – nicht im Sinne von „Ätsch, Recht behalten“, sondern aus zweierlei Gründen: zum einen wird damit endlich der „Notwendigkeit, die sozialpädagogische Betreuung an den Berufskollegs den Erfordernissen anzupassen“, Rechnung getragen, wie die Verwaltung schon in ihrer Antwort auf eine Anfrage der SPD-Fraktion im November 2005 geschrieben hat, zum andern zeigt die Entscheidung des Jugendhilfeausschusses, dass man mit guten Argumenten und Hartnäckigkeit hier auch aus der Opposition heraus gelegentlich etwas bewegen kann, und das spricht dafür, dass die demokratische Kultur in diesem Kreistag vielleicht doch besser ist, als es oft genug den Anschein hat – aber weitere Verbesserungen sind natürlich möglich, keine Frage.

Meine Damen und Herren,

bei den über die Jugendamtsumlage zu finanzierenden Kosten des Kreisjugendamts ist in den letzten Jahren eine hohe Stabilität erkennbar; bezogen auf das Jahr 2004 steigen die Kosten in den darauf folgenden drei Jahren um Durchschnittlich weniger als 100.000 € oder 0,65 Prozent p.a. Der Hebesatz der Jugendamtsumlage nähert sich, im Einklang damit, im Jahre 2007 wieder den Werten zu Beginn des Jahrzehnts, als der Hebesatz bei 14 Prozent lag. Dies positiv herauszustellen, ist für uns selbstverständlich, da wir in der Vergangenheit, besonders in 2002 und 2003, auch mit deutlichen Worten die seinerzeit davongallopierenden Kosten des Jugendamts kritisiert haben.

Ebenso unmissverständlich hatte die SPD-Fraktion über Jahre gefordert, die Bezirkssozialarbeiter des Kreisjugendamts sollten ihren Dienstort da haben, wo ihre Klientel zu Hause ist, nämlich in den Städten und Gemeinden. Diese seit nunmehr vier

Jahren tatsächlich praktizierte Dezentralisierung des Allgemeinen Sozialen Dienstes funktioniert – nach allem, was man aus den Kommunen hören kann – gut und zur Zufriedenheit der Verantwortlichen in den Städten und Gemeinden.

Um so mehr musste die massive Kritik an der Arbeit des Kreisjugendamts überraschen, mit der vor kurzem die Stadt Geilenkirchen ihre Absicht, ein eigenes Jugendamt zu errichten, begründete. Die SPD-Fraktion hat dies, wie Sie wissen, zum Anlass genommen, mit einer Anfrage der Verwaltung Gelegenheit zu geben, zu den aus Geilenkirchen Stellung zu nehmen. Die Antworten der Verwaltung lassen sich wie folgt zusammenfassen: Erstens ist nicht einer der geäußerten Kritikpunkte stichhaltig, und zweitens, ich zitiere: „Die von der Stadt Geilenkirchen geschilderten Defizite sind seitens der Stadt Geilenkirchen nie zum Gegenstand von Erörterungsgesprächen gemacht worden.“

Da ist man doch irritiert. Damit wir uns nicht missverstehen: Es ist das gute Recht der Stadt Geilenkirchen, ein eigenes städtisches Jugendamt zu errichten, keine Frage. Aber wenn man dieses Recht, unabhängig von der guten Qualität der Arbeit des Kreisjugendamtes, wahrnehmen will, aus welchen Gründen auch immer, dann soll man dies doch einfach sagen und nicht versuchen, diesen Entschluss, der vermutlich mit deutlich höheren Kosten für Geilenkirchen – jedenfalls wenn man den Standard halten will – verbunden sein wird, mit völlig ungerechtfertigter Kritik am Kreisjugendamt zu begründen. Das ist unlauter und gehört sich nicht.

Meine Damen und Herren,

während das Volumen des Verwaltungshaushalts um gut 5,7 Mio. € ansteigt, nimmt der Umfang des Vermögenshaushalts um rd. 2,6 Mio. ab und beträgt im kommenden Jahr nur noch 15,6 Mio. €. Der Anteil des Vermögenshaushalts am Gesamthaushalt sinkt damit um 2 % auf nur noch 6,8 %. Das ist eine außergewöhnlich niedrige Quote und wirklich problematisch mit Blick auf die volkswirtschaftliche Aufgabe öffentlicher Haushalte, auch als Auftraggeber, besonders für die heimische mittelständische Wirtschaft, die Bauwirtschaft zumal, die konjunkturelle Erholung zu unterstützen.

Gleichwohl ist diese geringere investive Quote im kommenden Jahr sachgerecht. Die

großen Schulbaumaßnahmen der vergangenen Jahre stehen vor dem Abschluss; der Schwerpunkt des vermögenswirksamen Handelns wird sich in den kommenden Jahren mehr und mehr in Richtung Straßenbau verlagern. Da gibt es allerdings nichts zu forcieren, im Gegenteil, da sollte man bei den einzelnen Projekten noch einmal mehr hinschauen. Die SPD-Fraktion hat ihre grundsätzliche Position zu Kreisstraßen-Baumaßnahmen kürzlich bereits öffentlich deutlich gemacht: Erstens lehnen wir es ab, - jedenfalls wenn und solange es Alternativen gibt – Straßenbauvorhaben gegen den Willen der betroffenen Menschen durchzusetzen, und zweitens sind wir dafür, überall da, wo das möglich ist, statt aufgrund von Prognosen teure Straßenbauvorhaben zu starten, zunächst abzuwarten, ob prognostizierte Steigerungen des Verkehrsaufkommens tatsächlich eintreten.

Sie, Herr Landrat, haben in Ihrer Rede zur Einbringung des Haushalts 2007 im November gesagt, Sie könnten gar nicht verstehen, dass die SPD-Fraktion die Verschuldung zum Anlass genommen, dem Haushalt 2006 nicht zuzustimmen. Ich will Ihnen da gerne helfen zu verstehen. Zunächst einmal haben wir nicht einen, sondern drei Punkte genannt, die uns dazu bewogen haben, im Frühjahr nein zum Haushalt zu sagen: „eine zu hoher Hebesatz der Kreisumlage, ein Rekordhoch bei der Verschuldung und eine Rücklage, die sich in nichts auflöst“, so wörtlich. Drei derartig zusammenfallende Fehlentwicklungen, da mussten wir sagen: das geht nicht mit uns.

Meine Damen und Herren,

schauen wir uns eben diese drei Punkte mit Blick auf den Haushalt 2007 erneut an, so zeigt sich aus unserer Sicht eine grundsätzlich positive Tendenz:

- 1.) Der Hebesatz der Kreisumlage sinkt, wenn auch nur leicht, auf 43,7 %.
- 2.) Die Rücklage ist zwar aufgebraucht, aber die Signale, die Sie, Herr Landrat, bei der Haushaltseinbringung gegeben haben, mit dem Wiederansammeln der Rücklage, unter Verwendung von Haushaltseinnahmeverbesserungen, schon in diesem Jahr zu beginnen, deuten in die richtige Richtung.
- 3.) Die Schulden steigen weiter, das ja, aber wir sehen im Umfang der Neuverschuldung in Verbindung mit den in 2007 vorgesehenen Tilgungen und Rückzahlungen Innerer Darlehen Anzeichen für eine Trendwende hin zu einem Haushalt ohne Nettoneuverschuldung, der aus unserer Sicht Zielmarke sein muss.

Alles in allem, meine Damen und Herren, scheint es uns gerechtfertigt, eher zu sagen: das Glas ist halb voll, als: das Glas ist halb leer. Und deshalb wird die SPD-Fraktion, dem Prinzip Hoffnung folgend, dem Haushalt 2007 und dem Investitionsprogramm für die Jahre 2006 bis 2010 zustimmen.

Der Kämmerer und seine Mitarbeiter haben sich auch in diesem Jahr unseren Dank redlich verdient. Ihnen, Herr Schöpgens, möchte ich im Namen der SPD-Fraktion auch ganz persönlich danken für Ihre Teilnahme an unserer Klausurtagung und die dort und auch darüber hinaus gegebenen, wie immer hilfreichen Auskünfte.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt bleibt mir nur noch, Ihnen und Ihren Familien ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und ein glückliches Jahr 2007 zu wünschen, verbunden mit der Hoffnung auf konstruktive und kollegiale Beratungen auch in den nächsten zwölf Monaten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.



im Kreis Heinsberg

**Kreistagsfraktion
Valkenburger Str. 45
52525 Heinsberg**

Tel.: 02452/131730

Fax: 02452/131735

e-mail: Gruene-Fraktion@Kreis-Heinsberg.de
internet: www.Gruene-Heinsberg.de

19. Dez. 2006

Rede der Fraktionsvorsitzenden Maria Meurer

Sehr geehrter Herr Landrat, meine Damen und Herren,

bevor ich auf den Haushaltsentwurf 2007 eingehe, möchte ich Herrn Schöpgens für seine Arbeit danken, die diesmal sicher besonders anstrengend war bei zwei Haushaltsentwürfen in einem Jahr. Vielen Dank, dass Sie sich auch wieder die Zeit genommen haben, uns in der Fraktion Rede und Antwort zu stehen.

Dass wir, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Haushalt trotzdem ablehnen, daraus haben wir auch in diesem Jahr kein Geheimnis gemacht. Wir haben uns zwar Mühe gegeben, aber keinen Grund gefunden, weshalb wir nun ausgerechnet diesem Haushalt zustimmen könnten. Denn es gibt nichts Neues.

Der Haushalt 2007 ist so, wie er in den letzten Jahren auch war: knapp kalkuliert und ohne zukunftsweisende Ausrichtung.

Dazu kommen noch drei gravierende Aspekte, die wir, anders als die SPD- Fraktion, immer noch als deutliche Mängel sehen:

1. die Schulden sind großzügig gestiegen
2. die allgemeine Rücklage, die im letzten Haushaltsjahr schon aufgebraucht wurde, wird nicht wieder aufgefüllt. Deshalb besonders hervorzuheben, der Haushalt sei strukturell ausgeglichen, wie Sie, Herr Landrat, das in Ihrer Rede zur Einbringung gemacht haben, scheint mir, vorsichtig gesagt, ziemlich schöngeredet. Man könnte ja auch sagen: weil nichts mehr da ist, kann nichts entnommen werden, das würde den Sachstand meiner Meinung nach eher treffen. Wenn man berücksichtigt, dass in der Rücklage gesetzlich vorgeschrieben eigentlich 4 Millionen sein müssten, sind das mit den Nettoneuverschuldung zusammen insgesamt fast 10 Millionen Euro, die dieses Jahr an Verpflichtungen zu den schon vorhandenen Schulden dazukommen. Und die sind bekanntlich auch schon nicht zu knapp.
3. es gibt noch eine Reihe von Fragezeichen, die, je nachdem, wie sie beantwortet werden, das gesamte Zahlengerüst zum Einsturz bringen könnten.

Es ist übrigens nicht allein das Berufskolleg Geilenkirchen „schuld“, dass der Kreis heute so hoch verschuldet ist. Es sind in den letzten Jahren einige Fehlentscheidungen getroffen worden, z.B. für ein hässliches Parkdeck oder diverse Parkplätze. Ich möchte betonen, dass

es gut sein mag, dass die SPD einige dieser Entscheidungen mitgetragen hat, ich weiß aber auch noch, welche Investitionen wir abgelehnt haben. Von Einvernehmen kann also bei den Investitionen keine Rede sein.

Wenn die Mehrheitsfraktion in der Presse herausstellt, die Schulden abbauen zu wollen, da fragen wir, wo und wann denn bitteschön, wir erkennen nirgends ernsthafte Anzeichen. Im Gegenteil. Der Blick in den Investitionshaushalt lässt vermuten, dass auch in den nächsten Jahren eher mehr als weniger Schulden gemacht werden müssen, wenn alle geplanten Maßnahmen umgesetzt werden.

Was für uns bei diesem Punkt noch erschwerend dazu kommt, ist, dass die größten Investitionen im Straßenbau vorgesehen sind. Rund 25 Millionen Euro stehen im Programm, zwar mit der Erläuterung, dass „eine Realisierung nur in dem Umfang erfolgen kann, in dem in den jeweiligen Jahren auch Fördermittel des Landes zur Verfügung stehen.“

Nachdem, was wir bisher von Landesseite mitbekommen haben, ist wohl nicht zu erwarten, dass die Vorrangpolitik für die Straße geändert wird. Die fatalen Folgen für den Kreis Heinsberg kriegen wir ja schon mit voller Wucht zu spüren: unsere Schienenstrecken Dalheim-Mönchengladbach, Baal-Ratheim und Lindern-Heinsberg sind ja offenkundig auf dem Abstellgleis, zum Nachteil unserer Einwohner. Mit Nostalgie und Schienenromantik hat unser Einsatz für diese Projekte übrigens überhaupt nichts zu tun. Uns ging es immer darum, sicher zu stellen, dass die Menschen im Kreis mobil bleiben können, ohne ausschließlich auf ein eigenes Auto angewiesen zu sein. Dazu wären die Schienenstrecken ein guter Beitrag. Es wird nun also vom Land vorrangig auf Straßen gesetzt, als gäbe es keine Umweltprobleme und als gäbe es keine Finanzprobleme in den öffentlichen Haushalten, die Unterhaltungskosten von Straßen werden nicht berücksichtigt. Und auch hier im Kreis ist bisher noch kein einziges Straßenbauprojekt wegen der Finanzlage in Frage gestellt worden, geschweige denn wegen solcher Dinge wie Umwelt- oder Klimaschutz. Dabei sind bei weitem nicht alle Projekte, die im Investitionsprogramm zu finden sind, etwa im Zusammenhang mit der B56n unbedingt notwendig.

Mit Investitionen, die wir für wichtiger halten, zum Beispiel im Bereich Energie, sieht es im Haushalt allerdings mau aus. Erneuerbare Energien? Hilfestellung für die Bürgerinnen und Bürger, die sich unabhängiger von Öl und Gas machen wollen? Fehlanzeige. Es hat zwar mal eine Arbeitsgruppe gegeben, die sich mit solchen Themen befassen sollte, aber nach einem kurzen Bericht Anfang 2004, in dem es zum Beispiel um den Austausch von Glühbirnen ging, ist nichts mehr passiert.

Dabei ist Energie das Zukunftsthema, an dem auch wir auf kommunaler Ebene eigentlich nicht vorbei können. Trotzdem nehmen auch wir weiterhin die täglichen Hiobsbotschaften zum Klimawandel zur Kenntnis, schreiben vielleicht noch ein paar nette Sätze –das werden wir im nächsten Jahr sehen- in unser Leitbild, aber selbst das wenige, das wir hier im Kreis tun könnten, tun wir nicht.

Ich sprach eben schon über die fatalen Auswirkungen der Landespolitik auf die Reaktivierung verschiedener Schienenstrecken bei uns im Kreis Heinsberg. Das waren durchweg schlechte Nachrichten aus Düsseldorf.

Schlechte Nachrichten auch im Kinder- und Jugendbereich, aus denen sich für uns bagne Fragen ergeben.

Was wird aus der Ganztagsbetreuung und der Betreuung für Kinder unter drei? Sie, Herr Landrat, hatten angekündigt, sich hier mehr zu engagieren und das haben wir auch sehr

gelobt. Auch Herr Reyans hat dazu eben interessante Ausführungen gemacht, die von unseren Forderungen nicht weit weg sind. Aber wir entscheiden ja nicht allein, wir sind angewiesen auf die Unterstützung vom Land.

Die Kürzungen der Landesmittel haben schon erhebliche Auswirkungen z.B. für die Kindergärten, insgesamt dürften 500 000 Euro fehlen.

Der Kreis übernimmt rund 270.000 Euro Defizit aus dem Beitragsausgleichsverfahren. Dazu kommen 30.000, die den Beratungsstellen gekürzt wurden.

Dann rechnet das Jugendamt noch mit 50.000 Euro im laufenden Jahr bei Kindertagesstätten, die einen Antrag auf Sachkosten stellen, weil sie keine Rücklagen haben.

Wie können wir bei dieser Entwicklung die Pläne für den Ausbau der Ganztagsbetreuung und für Unter Dreijährige umsetzen? Wir befürchten, dass der gute Wille, den Sie, Herr Pusch schon mehrfach in Reden geäußert haben, hier scheitern wird, es sei denn, das Land nimmt seine Kürzungen in naher Zukunft wieder zurück. Und ehrlich gesagt: dieses Vertrauen haben wir nicht in die Landespolitik.

Wo ich gerade beim Thema Jugend bin: bedauerlicherweise hat die Stadt Geilenkirchen inzwischen entschieden, selbst ein Jugendamt einzurichten. Aus meiner Sicht folgt die Stadt damit einer um sich greifenden Unsitte, die für die Sache nicht von Vorteil sein wird. Es hat noch niemand den Beweis führen können, dass ein städtisches Jugendamt bessere Arbeit garantiert als das Kreisjugendamt. Dem klaren Lob von Herrn Fürkötter und Herrn Reyans für das Kreisjugendamt schließe ich mich an.

Es sind wohl tatsächlich eher die Hoffnungen, Kosten zu senken, die die Kommunen dazu verleiten, sich selbständig zu machen. Das sagt etwa die Stadt Heinsberg ganz offen und in der Beschlussvorlage der Stadt Geilenkirchen steht ausdrücklich, dass die Arbeit des Kreisjugendamtes zu teuer sei und falsche Schwerpunkte setze.

Herr Landrat, nun haben Sie zu dem Thema gesagt, Sie würden die Entscheidung der Stadt Geilenkirchen leidenschaftslos hinnehmen. Das finde ich so nicht richtig. Denn wenn es richtig wäre, was die Stadt Geilenkirchen behauptet, nämlich dass die Arbeit des Kreisjugendamtes schlecht und teuer wäre, dann hätten Sie dringenden Handlungsbedarf, den Mangel abzustellen. Ist die Arbeit aber gut, und davon gehen wir aus, dann hätten Sie sich leidenschaftlich hinter das Amt und die Mitarbeiter stellen müssen. Es hätte dringend klarer Worte bedurft, auch um den Eindruck zu vermeiden, dass sich der Kreis immer mehr aus seiner Verantwortung für Kinder und Jugendliche herauszieht.

Meine Vorredner haben sich schon ausführlich gefreut, was die gesamtwirtschaftliche Lage angeht.

Die Schlagzeilen der letzten Wochen hören sich auch gut an: Konjunkturaufschwung, Mehreinnahmen, Sinken der Arbeitslosenzahlen, wir haben lange auf solche Nachrichten gewartet.

Auch Sie, Herr Landrat, haben in Ihrer Einbringungsrede davon gesprochen, das Tal der Tränen sei durchschritten. Und Sie haben, ich zitiere, „im Vertrauen auf einen Aufschwung“ ein Risiko im Sozialhaushalt von einer Million Euro veranschlagt. Übrigens wie 2006 auch, nur wissen wir heute, dass das schon schief gegangen ist, wie Sie selbst zugeben mussten.

Bei allem Verständnis dafür, dass Sie von den Schlagzeilen so begeistert sind: Wir sind da lieber vorsichtiger, es gibt auch andere Meldungen. Selbst das Weihnachtsgeschäft läuft „fast wie im Vorjahr“ –so meldete der WDR gestern, also nicht mal so gut wie voriges Jahr. Was ist nun, wenn sich die konjunkturellen Höhenflüge als Strohfeuer entpuppen? Wenn die Mehrwertsteuererhöhung negativ durchschlägt? Wenn die Situation auf dem Arbeitsmarkt nur

durch die milde Witterung noch nicht schlechter geworden ist und das dicke Ende doch noch kommt?

Die Konjunkturlage ist also eines der Fragezeichen, die ich eingangs erwähnte.

Es gibt aus unserer Sicht zum heutigen Zeitpunkt noch ein paar mehr. Auf die grundsätzlichen Probleme, die der Landschaftsverband mit seiner Umlagepolitik den Kreisen bereitet, ist Herr Reyans schon ausführlich eingegangen. Wir haben aber auch schon ein ganz konkretes Problem.

Der Kämmerer ist von einer Senkung der Landschaftsumlage um 0,5 % ausgegangen. Wenn die allerdings nur, wie durchaus möglich ist, um 0,4 % gesenkt wird, fehlen 250 000 Euro deswegen und die nach der 2. Modellrechnung zu erwartenden Mehreinnahmen von 500 000 Euro sind zur Hälfte wieder weg. Und auch, ob die Modellrechnung überhaupt so aufgeht, sehen wir erst Anfang 2007.

Nicht ganz einleuchtend ist uns auch, wie die zu erwartenden zusätzlichen Ausgaben durch einige Entwicklungen, an denen wir nicht vorbei kommen, zum Teil auch nicht vorbei kommen wollen, finanziert werden sollen. Dass die Arbeitszeit der Feuerwehrleute sich verringert und damit die EU-Richtlinie umgesetzt wird, begrüßen wir, sie bedeutet für den Kreis allerdings bekanntlich einen Mehrbedarf von zwei Vollzeitstellen. Da sind Klimmzüge nötig, wenn das hinhalten soll. Möglicherweise sind noch weitere Klimmzüge nötig, mehrere hunderttausend Euro stehen im Raum im Zusammenhang mit der Vergabe des Rettungsdienstes

Komischerweise sind solche Summen nie ein Problem.

Wenn ich nun überlege, mit welcher Überzeugung uns in den letzten Jahren immer wieder erklärt worden ist, wie belastend ein paar 1000 Euro für den Haushalt sein würden bei bestimmten freiwilligen Leistungen, in der Kultur, im Sozialen oder sonst wo, für Regionalstelle Frau und Beruf, für das Selbsthilfzentrum usw., dann kann ich die Leichtigkeit jetzt nicht nachvollziehen, mit der mit diesen doch recht hohen Summen jongliert wird.

Ich erinnere mich auch noch gut an die „Streichliste“ von 2003, in der es insgesamt um rund 180 000 Euro ging, die an etlichen Stellen zusammengekratzt wurden. Unterm Strich brachte das dem Kreishaushalt also nicht viel, für einzelne betroffene Einrichtungen war aber der Verlust von ein paar Tausend Euro gravierend.

Die dicken Bretter, die ich hier schon mehrfach angesprochen habe, sind anscheinend im Kreis Heinsberg besonders stabil,

Ein Paradebeispiel hatten wir in der letzten Kreistagssitzung, als es um das CDU-Papier zum ÖPNV ging. Zu dem Papier haben die Kollegen Fürkötter und Horst ja schon damals ausführlich Stellung bezogen. Danach ging es um den grünen Vorschlag, zum Thema ÖPNV einen Unterausschuss zu bilden.

Im Protokoll steht so schön: Frau Meurer verzichtet auf weitere Ausführungen. Aber nicht, weil ich vielleicht dachte, Sie hätten jetzt genug auf die Mütze gekriegt von den beiden Kollegen. Ich wollte mir gern für heute die Gelegenheit aufheben, das Thema anzusprechen, so kurz vor Weihnachten, wo wir alle vielleicht doch anfangen, ein wenig milde zu werden und uns für begangene Fehler vielleicht auch mal ein bisschen schämen. Deshalb möchte ich, trotz Herrn Reyans Entschuldigung, Sie fragen: Warum haben Sie die Chance nicht genutzt, zu der viel zitierten und beschworenen guten und fairen Zusammenarbeit zurückzukehren? Das Thema ÖPNV wird uns ja noch länger beschäftigen. Mit der Zustimmung zu unserem, wie ich immer noch finde, sehr konstruktiven Vorschlag, den Unterausschuss zu bilden, in

dem dann alle Fraktionen gleichermaßen Zugang zu wichtigen Informationen gehabt hätten, hätten Sie das leicht tun können, ohne einen Zacken aus der Krone zu verlieren.

Es ist für uns nicht nur höchst unerfreulich, wenn Sie uns das Gefühl vermitteln, wir säßen hier nur als Staffage herum. Es ist höchst undemokratisch und deshalb war es sehr notwendig, sich zu echauffieren.

Nun ist ja bald Weihnachten und auch ich will mit ein paar versöhnlichen Worten schließen. Trotz allem habe ich die Hoffnung immer noch nicht ganz aufgegeben, dass das eine oder andere dicke Brett irgendwann durchgebohrt sein wird, wenn es nicht von selbst wurmstichig oder einfach morsch wird. Doch dem Prinzip Hoffnung, wie die SPD-Fraktion es versteht, können wir so nicht folgen. Deshalb müssen wir diesmal noch wieder sagen: die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lehnt den Haushalt 2007 ab. Ich wünsche Ihnen trotzdem Frohe Weihnachten und einen Guten Rutsch. Vielen Dank.

Heinsberg, den 28.12.2006, Fraktionsvorsitzender der Fraktion der FDP im Kreistag des Kreises Heinsberg, Walter Leo Schreinemacher, Rede zur Haushaltssatzung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2007 am 19. Dez. 2006, Seite 001/013

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Kreistagskolleginnen und Kreistagskollegen,
sehr geehrte Damen und Herren auf den Zuschauerplätzen,
sehr geehrte Damen und Herren der Presse,

nach mehrfacher Beratung des Haushalts 2007 bestehen in unserer Fraktion nach wie vor gegenüber dem eingebrachten Haushalt gewisse Vorbehalte. Ausdrücklich entgegenkommend möchte ich die Umstände zum Einbringen des Haushaltes darstellen. So ist hier eine Anregung und Forderung der kleinen Oppositionsfraktionen umgesetzt worden, dem Haushalt zwischen Einbringung und Verabschiedung entsprechend Zeit zu geben um diesen ausgiebig, auch mit allen sachkundigen Bürgern und weiteren Interessierten beraten zu können. So wie in unserer Fraktion dies mit den Vorsitzenden der FDP-Fraktionen der Räte in den Gemeinden und Städten im Kreis Heinsberg durchgeführt wird um das Stimmungsbild zu den Kreisfinanzen ausgiebig zu diskutieren und darzustellen. Nochmals unsererseits vielen Dank für dieses Entgegenkommen auch in Hinblick auf die Untermauerung von basis- und kommunaldemokratischen Fundamenten, was leider

Heinsberg, den 28.12.2006, Fraktionsvorsitzender der Fraktion der FDP im Kreistag des Kreises Heinsberg, Walter Leo Schreinemacher, Rede zur Haushaltssatzung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2007 am 19. Dez. 2006, Seite 002/013

in einigen Kommunen nicht der Fall ist! In wie weit hiervon auch Kommunen im Kreis Heinsberg gemeint sind, mag jeder Kreistagsabgeordnete für seine Heimatkommune selbst entscheiden.

Aber kommen wir weiter zu positiven Aspekten auch aus Forderungen der Liberalen. „Die Entwicklung eines Leitbildes für den Kreis ist notwendig und erforderlich.“ So, als Teil der Haushaltsrede vom vergangenen Mal. Wir, die Liberalen, begrüßen daher ausdrücklich die jetzt begonnene Entwicklung zum wirtschaftlichen Leitbild für den Kreis Heinsberg. Nach unserer Meinung gut angelegtes Geld, dass endlich dazu beiträgt, dass wir uns mit unserem Kreis für unsere Nachbarn öffnen. Dies auch so darstellen. Die Ansiedlung von z.B. innovativen Brennstoffzellenwerken ist das Resultat solcher Bemühungen.

Kreis Heinsberg, offen zu allen Seiten!

So könnte der Leitspruch lauten, auch in Hinblick auf unsere Nachbarn in den Niederlanden und Belgien. Aber auch zu den sogenannten Innovativstandorten wie Aachen mit den dortigen Hochschulen oder Jülich mit dem Forschungszentrum.

Heinsberg, den 28.12.2006, Fraktionsvorsitzender der Fraktion der FDP im Kreistag des Kreises Heinsberg, Walter Leo Schreinemacher, Rede zur Haushaltssatzung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2007 am 19. Dez. 2006, Seite 003/013

Aber kommen wir einmal zu den Einzelteilen dieses Haushalts!
Kreissteuereinnahmen! Das wir bis auf die Jagdsteuer keine eigene Steuereinnahmen haben ist uns bewusst. Hier sollte sogar überlegt werden, ob diese überhaupt noch zeitgemäß ist oder diese den Haushalt durch die Verwaltungstätigkeit mehr belastet als Sie abwirft.

Kreditbedarf! Dieser ist nach unserer Meinung zu hoch und zwingend zurück zu fahren. Die Nettoneuverschuldung des Vermögenshaushaltes um ca. 3,8 Millionen € ist zu hoch. Wir sind uns hier im Klaren, dass ein großer Teil dieser Neuverschuldung zurück zu führen ist auf die Baukosten der noch im Bau befindlichen Schulen des Kreises Heinsberg. Da dies aber zum Ende des kommenden Jahres erledigt sein wird müssen hier dann deutliche Zeichen erkennbar sein. Dass diese Schulneubauten notwendig sind wissen wir. Dies ist auch durch unsere Fraktion mit getragen worden. Aber wäre es nicht sinnvoller gewesen auf mögliche PPP-Modelle wenigstens bei einigen Schulbauten, gerade mit Sicht auf die demoskopische Entwicklung, auszuweichen. Hier fehlt der Verwaltung der Mut und die Phantasie so etwas anzugehen. Der Mehrheitsfraktion

Heinsberg, den 28.12.2006, Fraktionsvorsitzender der Fraktion der FDP im Kreistag des Kreises Heinsberg, Walter Leo Schreinemacher, Rede zur Haushaltssatzung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2007 am 19. Dez. 2006, Seite 004/013

wird wohl hier gelenkt von Ihrem konservativen Einheitsdenken, nach dem Motto: „*Wat der Buar net kennt, dat fret der net!*“

Allen Landwirten hier im Raum sei gesagt, dass diese selbstverständlich hiervon ausgenommen sind, sowie alle Landwirte des Kreises Heinsberg. Es sei denn Sie gehören der Mehrheitsfraktion hier im Kreistag an, allerdings dann auch nicht im Sinne Ihres Berufsstandes, den wir als Liberale sehr schätzen.

Den Roten hier im Raum sind solche Gedanken schon immer fremd gewesen. Könnte ja sein, dass Menschen als Einzelne durch Leistung und Fleiß auch mal Vorteile in der Gesellschaft genießen. Das geht natürlich im sozialistischen Einheitsbrei nicht. Die Masse zählt bei Ihnen wohl und nicht das Individuum.

Ihnen Frau Meurer und Ihrer Partei sind solche Gedanken wie die unseren ja nicht ganz fremd, solange wie diese Schulen mit Solar- und Windenergie betrieben werden und begrünte Dächer erhalten. Ersteres und Letzteres ist diskutabel.

Also auch hier verehrte Mehrheitsfraktion im Kreistag des Kreises Heinsberg nur Mut. Sie müssen ja nicht gleich FDP wählen, obwohl das auch nicht weh tut!

Heinsberg, den 28.12.2006, Fraktionsvorsitzender der Fraktion der FDP im Kreistag des Kreises Heinsberg, Walter Leo Schreinemacher, Rede zur Haushaltssatzung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2007 am 19. Dez. 2006, Seite 005/013

Personalausgaben! Hier sehen wir Liberale eine überregionale Entwicklung die auch Dank des Mutes des Verwaltungsspitze Herr Landrat Pusch, aber auch und vor allem durch die Einsicht der Betroffenen mit getragen wird. Mittel aus der weiteren Kürzung des Weihnachtsgeldes bei den Beamten des Kreises Heinsberg stehen zur Kompensation des steigenden Bedarfs der Versorgungsaufwendungen und der Beihilfeaufwendungen zur Verfügung. Eine Erhöhung des Gesamtansatzes wird vermieden. Hier nochmals der Dank der Liberalen an die Betroffenen, zum einsichtigen Umgang miteinander.

Sächliche Verwaltungsausgaben! Kostentreiber hier sind klar und deutlich zu erkennen! Ja, wer ist das wohl? Sie meine Damen und Herren der Mehrheitsfraktion und der sozialistischen Mitstreiter. Schwarz-Rot ist die Steuerlüge! Was mich daran freut, Herr Paulzen und Herr Fürkötter, diese Steuerlüge trifft nicht nur die Bürgerinnen und Bürger des Kreises Heinsberg! Nein! Die trifft auch Sie! Ganz persönlich. Das ist schon bemerkenswert, dass Angela Müntefering und Franz Merkel, oder wie die beiden da auch heißen, noch nicht mal auch nur die Spur der Kritik von Ihnen oder Ihrem

Heinsberg, den 28.12.2006, Fraktionsvorsitzender der Fraktion der FDP im Kreistag des Kreises Heinsberg, Walter Leo Schreinemacher, Rede zur Haushaltssatzung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2007 am 19. Dez. 2006, Seite 006/013

Bundestagsabgeordneten, Herr Paulzen, erhalten haben!

Trauen Sie sich etwa nicht?

Dies wird Sie wohl noch einige Zeit begleiten, zumal die Mehrwertsteuererhöhung weitere Kostensteigerungen nach sich ziehen wird.

Sozial- und Jugendhilfekosten! Hier ist eine Steigerung in Höhe von ca. 5 % nach bisheriger Rechnung bei der Sozialhilfe und Alg 2 erkennbar. Aber auch dies ist in Form der tatsächlichen Kosten nicht klar erkennbar. Auch hier haben wir wieder einmal mit dem Schwarz-Roten Husaren aus Berlin und deren Marketenderin zu kämpfen. Auch wenn die ersten Scharmützel noch die Farbe Rot-Grün hatten! Daher nochmals um dies hier allen bewusst zu machen die Eckpunkte der Veranschlagung:

- 35 Mio. € unterstellte Kosten für die Unterkunft und Heizung der Alg II-Empfänger. Was passiert, wenn wir damit nicht auskommen?
- Ca. 32 %, also ca. 11 Mio € Beteiligung des Bundes an diesen Kosten

Heinsberg, den 28.12.2006, Fraktionsvorsitzender der Fraktion der FDP im Kreistag des Kreises Heinsberg, Walter Leo Schreinemacher, Rede zur Haushaltssatzung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2007 am 19. Dez. 2006, Seite 007/013

- 3,25 Mio. € Vereinnahmung der Wohngeldentlastung im Verwaltungshaushalt.

Auch hier meine Damen und Herren der Mehrheitsfraktion und Ihrer sozialistischen Schwestern und Brüder in Berlin gilt, dass die Verursacher bei Ihren Parteien in Berlin zu suchen sind. Beschweren Sie sich doch bitte einmal bei denen.

Jugendhilfe! Die stabile Entwicklung der Jugendhilfe, zeigt unserer Meinung nach, dass im Kreis Heinsberg im überwiegenden Teil noch ein intaktes Umfeld für Kinder und Jugendliche besteht. Ein Großteil der Jugendarbeit wird auch durch Vereine, egal ob Sport, Freizeit oder kulturell, gewährleistet. Hier gilt unser Dank den vielen ehrenamtlich Tätigen im Vereinswesen des Kreises Heinsberg. Vielleicht fehlt es ja in einer Stadt im Kreis Heinsberg gerade an der politischen Unterstützung dieser Ehrenamtlichen um so ein eigenes Jugendamt zu vermeiden.

ÖPNV! Meine Damen und Herren! Hier brauchen wir uns ja eigentlich gar keine Gedanken mehr zu machen. Das macht die Mehrheitsfraktion im Kreistag ohne uns. „*Wenn ich nicht mehr weiterweiß, gründ ich einen Arbeitskreis.*“

Heinsberg, den 28.12.2006, Fraktionsvorsitzender der Fraktion der FDP im Kreistag des Kreises Heinsberg, Walter Leo Schreinemacher, Rede zur Haushaltssatzung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2007 am 19. Dez. 2006, Seite 008/013

Das macht die Mehrheitsfraktion dann ohne die sonstigen Fraktionen hier im Kreistag. Könnte ja sein, dass die eine andere Meinung haben. Aber im Ernst! Ohne die Qualität Ihres Arbeitspapiers zu kritisieren muss man sich schon fragen, warum Sie dieses nicht zeitigst allen Fraktionen zur Verfügung gestellt haben und heute noch immer als PC-lesbare Datei fehlt? Nach unserer Meinung ist der ÖPNV dringend zu reformieren. Auch mit den Ergebnissen ihres Arbeitskreises. Die Frage, die wir uns hier stellen müssen ist: „Wieviel ÖPNV können wir uns noch leisten?“ Wieviel Geld steht hier wirklich zur Verfügung? Diese Fragen wurden nicht in dem Arbeitskreisergebnis beantwortet und sind Sie uns schuldig geblieben!

Landschaftsumlage! Wie jedes Jahr weisen wir Liberale hier ausdrücklich hin, dass diese viel zu hoch ist und sich nicht mehr am Realitätssinn orientiert. Hier erwarten wir durch die Landesregierung, dass die Landschaftsverbände dahingehend überprüft werden, in wie weit diese sich von den vielfältigen Beteiligungen trennen können. Kurzfristig, mittelfristig und auch langfristig.

Heinsberg, den 28.12.2006, Fraktionsvorsitzender der Fraktion der FDP im Kreistag des Kreises Heinsberg, Walter Leo Schreinemacher, Rede zur Haushaltssatzung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2007 am 19. Dez. 2006, Seite 009/013

Es kann nicht sein, dass der Landschaftsverband unvorstellbar hohe Beteiligungen bei Banken und Versicherungen hat, den Kreisen die Puste ausgeht und diese dann bedingt durch diese Knebelumlagen die Kommunen über die Kreisumlagen in die Knie zwingt. Dem ist dringend Einhalt zu bieten. Das Land hat nichts davon wenn als Folge der hohen Umlagen für den Landschaftsverband Kreise und Kommunen in das Haushaltssicherungskonzept oder noch schlimmer in den Nothaushalt getrieben werden.

Allgemeine Entwicklung der Rücklage! Dies meine Damen und Herren sehen wir als ernstzunehmenden Faktor. Wobei klar gesagt werden muss, dass es bisher vom Jahr 2002 beginnend eine starke Rückentwicklung der Rücklage gab. Dies jetzt stagniert. Also alle Zeichen wieder auf das Gegenteil verweisen. Trotzdem! Im Vergleich zur Entwicklung der bereits genannten und erklärten Verschuldung ist der jetzige Zustand als absolut ernst zu nehmend einzustufen. Hier muss mit aller Entschiedenheit gegen gearbeitet werden!

Heinsberg, den 28.12.2006, Fraktionsvorsitzender der Fraktion der FDP im Kreistag des Kreises Heinsberg, Walter Leo Schreinemacher, Rede zur Haushaltssatzung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2007 am 19. Dez. 2006, Seite 010/013

Wir Liberale erwarten daher auch nach Einführung des NKF, dass gerade dann hier an allen erkennbaren Stellschrauben gegen diesen landesweit üblichen Trend gearbeitet werden kann und eine Rücklage wieder angespart werden kann.

Nochmals! Eigentlich ist bei Betrachtung der Verschuldung einschl. der inneren Darlehen die Rücklage nicht nur auf Null gefahren, sondern schon im Minusbereich. Dies wäre Grund genug diesen Haushalt in Summe abzulehnen. Die Bemühungen der Verwaltung dies aber umzukehren, sowie auch die Einführung des NKF und die positiven Ansätze im Haushalt müssen dies überdenkbar machen.

Die Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt trägt hier im Gesamtergebnis ebenfalls bei.

So wie unsererseits in Teilen dargestellt, gibt es im Kreis Heinsberg Optimierungspotenziale nach den Ausführungen der Gemeindeprüfungsanstalt, denen wir uns nicht unbedingt komplett oder kritikfrei, anschließen.

Heinsberg, den 28.12.2006, Fraktionsvorsitzender der Fraktion der FDP im Kreistag des Kreises Heinsberg, Walter Leo Schreinemacher, Rede zur Haushaltssatzung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2007 am 19. Dez. 2006, Seite 011/013

Eine unserer Forderung der letzten Jahre, den Haushalt transparenter zu machen und als Folge daraus die Kreisumlage so darzustellen, dass diese für Außenstehende so ablesbar ist, dass man erkennt, wofür die Kreisumlage im Detail und Einzelnen benötigt wird ist leider nicht erfüllt worden. Hier sehen wir als Liberale aber die Möglichkeit gerade mit Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements, dass diese Transparenz geschaffen wird. So werden wir über den Produkthaushalt und die damit zu definierenden „Produkte“ auch viel besser politische Forderungen ablesen können. Dies begrüßen wir, da somit auch der alltägliche Umgang mit dem Haushalt durch die Kommunalpolitik gefordert wird und nicht nur intensiviert im Rahmen der Haushaltsberatungen.

Abschließend ist noch klar zu stellen, dass wir seitens unserer Fraktion eine Forderung der süddeutschen Schwesterchenpartei der Mehrheitsfraktion nach Einführung einer Maut-Vignette in Höhe von 120 € grundsätzlich ablehnen, wie dies am heutigen Morgen der Presse zu entnehmen war.

Heinsberg, den 28.12.2006, Fraktionsvorsitzender der Fraktion der FDP im Kreistag des Kreises Heinsberg, Walter Leo Schreinemacher, Rede zur Haushaltssatzung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2007 am 19. Dez. 2006, Seite 012/013

Dies würde neben der unnötigen und wirtschaftswürgenden Mehrwertsteuererhöhung eine weitere erheblich Belastung für die Bürger hier im Kreis Heinsberg darstellen, die zum Teil auf Ihre Kraftfahrzeuge und die Benutzung der Autobahnen angewiesen sind um Ihre Arbeitsstellen zu erreichen. Meine Damen und Herren der Mehrheitsfraktion nutzen Sie gemeinsam mit Ihrem Bundestagsabgeordneten Ihre Möglichkeit dem entgegen zu wirken.

Meine Damen und Herren! Erkennbar am Haushalt ist deutlich, dass dieser bedingt durch die in Berlin zu verantwortende Großwetterlage, eindeutig von schwarz – rot herbei geführt wird, eigentlich abzulehnen wäre. Bedingt durch die umsichtige Arbeit der Verwaltung als auch die Umsetzung von liberalen Forderungen wird man hier nur schwerlich ein eindeutiges Votum abgeben können. Meine Fraktion wird daher keinem Fraktionszwang wie in anderen Parteien folgen, werden diesem Haushalt aber mehrheitlich zustimmen.

Heinsberg, den 28.12.2006, Fraktionsvorsitzender der Fraktion der FDP im Kreistag des Kreises Heinsberg, Walter Leo Schreinemacher, Rede zur Haushaltssatzung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2007 am 19. Dez. 2006, Seite 013/013

Abschließend bedanke ich mich bei Herrn Schöpgens und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die geleistete Arbeit.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit zu meinen Ausführungen. Ihnen allen hier wünsche ich auch im Namen meiner Fraktion ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

den Abschluss des öffentlichen Teils dieser Kreistagssitzung möchte ich nutzen, um zum Ende des Jahres 2006 einen Blick zurück, aber auch einen Blick nach vorne zu werfen.

Die positive wirtschaftliche Entwicklung und eine momentan noch sinkende Arbeitslosigkeit sollten uns nicht verleiten, als Kreis allzu euphorisch in das nächste Jahr zu gehen. Zu schlecht waren in den vergangenen Jahren die finanziellen Rahmenbedingungen der Kreise und Kommunen, als dass wir nun sämtliche Einsparungsbemühungen ad acta legen könnten. Das Gegenteil wird der Fall sein. Die allgemeine Einschätzung, dass im personellen Bereich Einsparmöglichkeiten gegeben sind, ist unverändert vorhanden. Die Geilenkirchener Entscheidung für ein eigenes Jugendamt sowie Veränderungen der Verwaltungsstruktur werden ohnehin Bewegungen auf dem Personalsektor mit sich bringen.

Überhaupt haben Veränderungen das nun beinahe abgelaufene Jahr geprägt. Auf wirtschaftlicher Ebene war einiges in Bewegung. Neben einigen Insolvenzen, Betriebsverlagerungen und Personalabbau hat es eine Vielzahl von positiven Nachrichten gegeben. Ansiedlungen von Firmen mit zukunftssträchtigen Konzepten, die Fortschreibung der Erfolgsgeschichte von QVC in Hückelhoven, der Aufstieg der Firma Rosen Eis in Waldfeucht zu einem der größten Eisproduzenten und die vor wenigen Tagen erfolgten Neuansiedlungen in Heinsberg und Hückelhoven mit über 500 neuen Arbeitsplätzen geben Anlass zur Hoffnung. Dass auch kleinere Firmen sehr erfolgreich zu arbeiten wissen, zeigen die Erfolge aus dem Kreis Heinsberg beim Gründerwettbewerb AC².

Veränderungen sind aber auch in der Kreisverwaltung zu spüren. Die Anforderungen des TVöD und die Umstellung auf das Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF) sind hier vorrangig zu nennen. Während im Jugendamtsbereich mehr und mehr Aufgaben auf die einzelnen Städte und Gemeinden verlagert werden, wird es im Zuge der Auflösung von Sonderbehörden sicherlich neue Aufgaben für die Kreise geben. Nach den neuesten Beschlüssen der Landesregierung soll der Aufgabenbereich Schwerbehindertenrecht vorrangig auf die Kreise und kreisfreien Städte übertragen werden, sofern es den Landschaftsverbänden nicht nachzuweisen gelingt, diese Aufgabe wirtschaftlicher zu erledigen. Fest steht auf jeden Fall, dass der Aufgabenbereich Elterngeld den Kreisen übertragen wird. Vor dem 1. Januar 2008 wird dies aber aller Voraussicht nach nicht geschehen.

Meine Damen und Herren,

man spricht bei Verwaltungen immer gerne von eingefahrenen Gleisen. Ich kann dies nicht nachvollziehen, wenn ich berücksichtige, was sich alleine schon während meiner gut zweijährigen Amtszeit an Veränderungen ergeben hat. Das ist auch das eigentliche Wesen einer guten Verwaltung: auf die Entwicklungen in der Gesellschaft und im Staat einzugehen.

Genau dies passierte 1972 mit der kommunalen Neugliederung. Zehn Jahre nach der kommunalen Neugliederung wurde das Kreishaus als neue Bleibe der Kreisverwaltung fertiggestellt. In wenigen Wochen können wir auf 25 Jahre Kreishaus Heinsberg zurückblicken. Sicherlich ein schönes Jubiläum. Dennoch habe ich davon abgesehen, diesem Anlass große Feierlichkeiten zu widmen. Eine große Feier passt in meinen Augen nicht in diese von Sparbemühungen geprägten Zeit und würde zudem die ohnehin mit Arbeit ausgelasteten Ämter über Gebühr strapazieren.

Mit einer Jubiläumsausstellung im Kreishaus und Presseartikeln zum Thema "25 Jahre Kreishaus" können wir diesem Jahrestag in angemessener Weise Rechnung tragen. Die Frage, die sich mir angesichts dieses Jahrestages und der 35 Jahre zurückliegenden kommunalen Neugliederung stellt, ist folgende: Wie hat sich der Kreis entwickelt, wie sollte es in Zukunft weitergehen?

In den 70-er Jahren waren zweifelsohne Standortfragen vorrangig und verständlich. Aber irgendwann - eine Generation später - sollten diese Fragen überwunden sein.

Es liegt in der Natur der Sache, dass in einem Flächenkreis dezentrale Lösungen gut für die Bürgerinnen und Bürger sind. Bei diesen Fragen sollte die Kreisidentität Vorrang vor dem leider nach wie vor ausgeprägten Kirchturmsdenken haben. Wir sollten uns 35 Jahre nach der Neugliederung angewöhnen, grundsätzlich vom "Kreis Heinsberg" zu sprechen und nicht etwa von Nord- und Südkreis. Denn so groß und bedeutend ist unser Kreis nicht, dass wir uns den Luxus leisten könnten, ihn auch noch in der Denkweise ständig in Nord und Süd zu teilen.

Die Kreise, die es als Verwaltungseinheit seit dem Wiener Kongress gibt, haben sich bewährt. Sie haben sich mit dem Staatsgebilde und der Gesellschaft gewandelt, aber ihre Bedeutung nie verloren. Ihre Ausgleichsfunktion hat unter dem Strich allen kreisangehörigen Kommunen Vorteile gebracht, weil man von einem Geben und Nehmen sprechen kann. Verlierer der Ausgleichs- und Ordnungsfunktion des Kreises kann ich für unseren Kreis nicht erkennen.

An dieser Stelle darf ich auch ruhig einmal unseren Kommunen ein Lob aussprechen, die bei allem Denken an den eigenen Vorteil - was ja ihr gutes Recht ist - im Großen und Ganzen sehr verantwortungsvoll in einem traditionell gemeindefreundlichen Kreis zusammenarbeiten.

Im Übrigen hat die Gemeindeprüfungsanstalt als neutrale Stelle gute Noten für den Kreis Heinsberg verteilt. Vieles ist im grünen Bereich. Daran haben viele mitgewirkt, nicht zuletzt Sie, meine Damen und Herren, und deshalb bin ich allen, die Verantwortung für diesen Kreis tragen, die sich für ihn einsetzen und die für ihn arbeiten, zu Dank verpflichtet.

Ein Dank gilt natürlich den stellvertretenden Landräten für die Wahrnehmung Ihrer Aufgaben. Einen Dank darf ich natürlich den Mitgliedern des Kreistages aussprechen, die mit sachbezogener und konstruktiver Mitarbeit an der weiteren Entwicklung des Kreises Heinsberg mitarbeiten. Bedanken möchte ich mich zudem bei meinem Stellvertreter in der Verwaltung, Herrn Kreisdirektor Peter Deckers. Der Dank gilt weiterhin der Dezernentin Frau Machat und den übrigen Dezernenten Preuß, Schöpgens und Nießen für die loyale, engagierte und gute Zusammenarbeit, wie auch den Amtsleitern und den Bediensteten.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch einmal daran erinnern, welche Aufmerksamkeit inzwischen der Arbeit einer Kreisverwaltung geschenkt wird. Ob dies Fälle des Ausländeramtes sind, wo sich Bürgerinnen und Bürger für einen Verbleib von Geduldeten einsetzen, ob dies besorgte Bürger/innen sind, die sich in Fällen von Meningitis oder Tuberkulose an das Gesundheitsamt wenden, ob es Tierhalter sind, die das Veterinäramt fordern, wenn es wie in diesem Jahr um Themen wie Vogelgrippe oder Blauzungenkrankheit geht: überall ist auch die Öffentlichkeit interessierter Begleiter.

Erst recht wenn es um Dinge geht, wie den Schwerpunktkontrollen in Kühlhäusern, einen Zwischenfall mit einem Gepard aus einem Privatgehege oder die Vergabe des Rettungsdienstes. Ich bin froh über diese öffentliche Aufmerksamkeit, weil in allen Fällen letztendlich deutlich dokumentiert wurde, wie gut, sachlich und unvoreingenommen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Hause arbeiten.

Gute Arbeit bedingt natürlich auch ein gutes Betriebsklima. Hier möchte ich nun einen weiteren Akzent setzen, der zur Klimaverbesserung im Kreishaus beitragen soll - einen Akzent in Sachen Gesundheitsprävention. Und zwar möchte ich in Sachen "Rauchverbot" nicht länger auf gesetzgeberische Maßnahmen warten, sondern zügig ein umfassendes Rauchverbot in den Dienstgebäuden der Kreisverwaltung und auch der Kreispolizeibehörde einführen.

Natürlich wird ein solches Rauchverbot nicht von heute auf morgen das Konsumverhalten und auch die Einstellung zum Tabakgenuss verändern. Ich möchte auch keinen Kreuzzug gegen die Raucherinnen und Raucher im Allgemeinen führen. Dennoch soll von dieser Maßnahme das klare und deutliche Signal ausgehen, dass dem Nichtraucherschutz in Dienstgebäuden unbedingte Priorität einzuräumen ist.

All diese Themen von Vogelgrippe bis Rauchverbot erhalten in diesen Zeiten ein wesentlich größeres Medienecho als noch vor zwanzig oder dreißig Jahren. Auch hier mag als Beweis für die gute Arbeit unserer Kreisverwaltung dienen, dass wir in allen Fällen mit offenen Karten spielen konnten. Und nicht zuletzt deshalb gilt mein Dank auch den Vertretern der örtlichen Medien, bei denen ich mich für die weitgehend sachliche und faire Berichterstattung und eine - bei aller gebotenen Distanz der Medien - vertrauensvolle Zusammenarbeit bedanken möchte.

Nicht vergessen möchte ich bei meinen Dankesworten meine Familie, die mir Kraft und Ausgleich für mein arbeitsintensives Amt gibt.

Abschließend möchte ich Ihnen allen ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest wünschen sowie für das neue Jahr 2007 alles Gute, Glück und Gesundheit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

der öffentliche Teil der Kreistagssitzung ist hiermit beendet. Ich darf die Vertreter der Presse schon jetzt herzlich zu einem kleinen Imbiss in die Kantine einladen.